

# berichte



2005

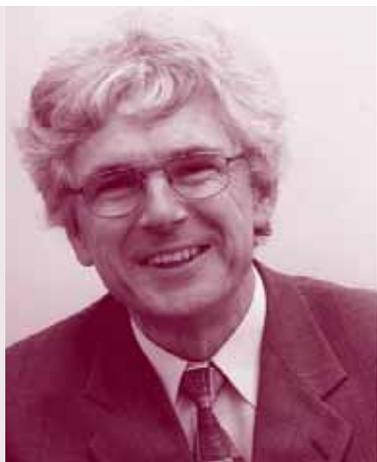
Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

3

Deutsches Institut für Urbanistik

	<b>Standpunkt</b>
2	Schrumpfen ist keine Schande!
	<b>Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen</b>
4	Kommunale Wirtschaftspolitik
5	Seminarbegleitende Bibliographien
6	Stadtbilder und Stadtrepräsentationen
7	Kommunale Abfallwirtschaft
8	Soziale Aspekte des Flächenrecyclings in den Städten
10	Wachsende Zahl von PPP-Projekten in Kommunen / Was ist eigentlich PPP?
12	Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten
13	Rückkehr in die Stadt ist keine Modeerscheinung
	<b>Neue Projekte</b>
14	Städte und Denkmalschutz in Deutschland
15	Reduzierung des Feinstaubes in den Städten
	<b>Fortbildung und Veranstaltungen</b>
16	Difu-Fortbildungsprogramm 2006
18	Deutscher Städtetag feierte 100. Geburtstag in Berlin
19	Besucherzuwachs bei Langer Nacht der Wissenschaften
21	Kommunalwissenschaftliche Prämienauszeichnung 2005
22	Soziale Stadt: Ergebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung
26	Wann ist ein Hartz IV-Jugendlicher auch ein Jugendhilfe-Jugendlicher?
	<b>Neu im Difu-Web-Angebot</b>
28	Difu-Daten für internationale Datenbank URBADOC
29	Volltexte im Web-Angebot des Difu
	<b>Exklusiv für Difu-Zuwender</b>
29	Neuigkeiten aus dem Difu-Extranet/Difu-Ansprechpartnertreffen in Stuttgart
30	<b>Mediennachlese</b>
31	Neuer Newsletter: Fahrradportal-News
31	<b>Difu-intern: Abschied nehmen</b>
32	<b>Bestellschein</b>

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Prof. Dr. Heinrich Mäding

Der demographische Wandel hat viele Gesichter: Schrumpfung, Alterung und Zuwanderung sind in Deutschland die zentralen Themen.

- Das nationale Bevölkerungsvolumen wird zunächst bestimmt von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Seit vielen Jahrzehnten reicht die Geburtenziffer (zurzeit durchschnittlich 1,4 Kinder pro Frau) nicht aus, um das Bevölkerungsvolumen in Deutschland konstant zu halten. Zwar mildert die wachsende Lebenserwartung die Effekte fehlender Geburten auf die Bevölkerungszahl etwas, doch vor allem internationale Zuwanderung mit ihrem langjährigen Durchschnittswert von (im Saldo!) ca. 250 000 Personen hat lange Zeit bewirkt, dass die Bevölkerung in Deutschland nicht schrumpfte. Dies beginnt sich gerade jetzt offenbar zu ändern. Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten mit wachsender Geschwindigkeit abnehmen, bis 2050 wahrscheinlich um fünf bis zehn Millionen.
- Die nationale Bevölkerungsstruktur wird dadurch mitgeprägt. Der Anteil alter Menschen wächst, ebenso der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund. Zu Alterung und Heterogenisierung tritt die Vereinzelung: Die durchschnittliche Personenzahl pro Haushalt sinkt, immer mehr Haushalte umfassen nur eine Person („Singles“).

Aus der Perspektive der einzelnen Stadt, für Stadtpolitik und -planung kompliziert sich das Bild aus zwei Gründen:

Neben den internationalen Wanderungen sind die intranationalen zu beachten: Großräumig werden diese vor allem durch Differenzen in der Wirtschaftskraft hervorgerufen (Ost-West-Wanderung). Kleinräumig geht es um die Attraktivität von Städten, Umlandgemeinden und ländlichen Räumen als Wohnstandort. Jahrzehntlang war die Suburbanisierung das Thema, heute verstärken sich Anzeichen für eine wachsende Attraktivität der (Innen-)Städte.

Weil alle demographischen Prozesse räumlich ungleich verteilt sind, liegen wachsende und schrumpfende Gemeinden oft nah beieinander. Große Unterschiede gibt es zum Beispiel auch in den Ausländerquoten

deutscher Großstädte (Frankfurt 27 Prozent, Dresden vier Prozent).

Im Westen werden die Problemlagen zurzeit meist durch Heterogenisierung und Alterung geprägt, doch greift auch dort die Schrumpfung um sich. Im Osten stehen Schrumpfung und Alterung im Vordergrund.

Vor allem das Bevölkerungsvolumen beschäftigt die Städte. Schaut man auf den „Flickenteppich“ wachsender und schrumpfender Gemeinden, wie ihn der neue Raumordnungsbericht 2005 in Karten darstellt, ist großräumig der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Schrumpfung deutlich. Industriestädte verlieren. Kleinräumig findet sich Wachstum überwiegend am Rande der Städte und in prosperierenden ländlichen Regionen (Oberschwaben, Emsland). Bevölkerungswachstum in Kernstädten ist selten und wenn, dann schwach.

#### Warum fürchten Städte die Schrumpfung?

Es sind vor allem wirtschaftliche Gründe:

- Sinkende Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten produziert wirtschaftliche Schwierigkeiten vom Einzelhandel bis zu den freien Berufen. Machen Postämter, Läden und Arztpraxen zu, sinkt vor allem in Kleinstädten die Attraktivität als Wohnstandort.
- Sinkende Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen mag Nutzer zunächst freuen (kleine Klassen, leere Hallenbäder), aber die Pro-Kopf-Ausgaben wachsen rasch. Es drohen Schul- und Bäderschließungen, wachsende Einzugsbereiche, weite Wege.
- Rückläufige Bevölkerung beeinflusst das Angebot an (qualifizierten) Arbeitskräften, einen wichtigen Standortfaktor für bestehende und neue Betriebe.
- Attraktivitätsverluste dieser Art betreffen die Stadt als Wirtschafts- und Lebensraum und damit auch die kommunalen Einnahmen. Über die Gewerbesteuer sind diese an die lokale Wirtschaftskraft gebunden, über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und über den kommunalen Finanzausgleich zusätzlich an die Zahl der Einwohner.

#### Tipps zum Weiterlesen

- Demografischer Wandel in Ostdeutschland als Herausforderung für die Verwaltung  
Von Mäding, H.  
Schriftenreihe der Landesakademie für öffentliche Verwaltung, Brandenburg, Neu-Fahrland 2004
- Schrumpfende Städte in Ost-Deutschland  
Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum  
Von Hannemann, Chr.  
Aus Politik und Zeitgeschichte 28/2003, S. 16-23
- Anpassung der kommunalen Entwicklungskonzepte an den strukturellen und demographischen Wandel  
Von Hollbach-Grömig, B.  
Dick, E./Mäding, H. (Hg.)  
Bevölkerungsschwund und Zuwanderungsdruck in den Regionen  
Reihe: Schnittpunkte von Forschung und Politik, Bd.4  
Münster 2002, S. 101-125

Diese wirtschaftlichen Gründe verstärken sich wechselseitig zu einem „Teufelskreis“. Die Attraktivität sinkt und mit ihr das Image, das selbst ein wichtiger Standortfaktor ist.

Die Chancen, die mit einem Bevölkerungsrückgang verbunden sind, etwa ökologische Entlastungen, sind oft wenig spürbar und politisch noch weniger wirksam. Andere Effekte sind ambivalent: Wohnungsleerstand freut einerseits Mieter, die mehr Optionen haben und deren Mietbelastung dadurch begrenzt wird, andererseits treibt er den einen oder anderen Vermieter in den Konkurs.

### Was können die Städte gegen Schrumpfung tun?

Die Antwort klingt paradox: Viel und wenig! Viel deshalb, weil es zahlreiche, oft kleine Einzelmaßnahmen sind, die die Attraktivität zu beeinflussen vermögen; wenig deshalb, weil die Wirksamkeit dieser Maßnahmen meist indirekter Natur und schwach ausgeprägt ist und in der Konkurrenz der Städte, die alle dasselbe wollen und oft tun, leicht verpufft.

Wichtige Ansatzpunkte liegen zunächst auf der Ebene der politisch-administrativen Voraussetzungen:

- Die Prozesse des demographischen Wandels verdienen höchste Aufmerksamkeit: schonungsloses Monitoring, klare Ursachenanalyse, übergreifende Politikentwürfe.
- Das gilt nicht nur in der Verwaltung und zwischen Verwaltung und Rat, sondern auch in der Kommunikation mit dem Bürger und der lokalen Wirtschaft. Alle sollten Bescheid wissen und möglichst abgestimmt handeln – unter den Bedingungen der politischen Konkurrenz und mit wachsender Stadtgröße ist das keine leichte Aufgabe.
- Schrumpfung ist keine Schande und nicht die Schuld des Bürgermeisters. Rationale Argumente sind gefragt, Anerkennung der Rahmendaten und kluge Anpassung sind notwendig.

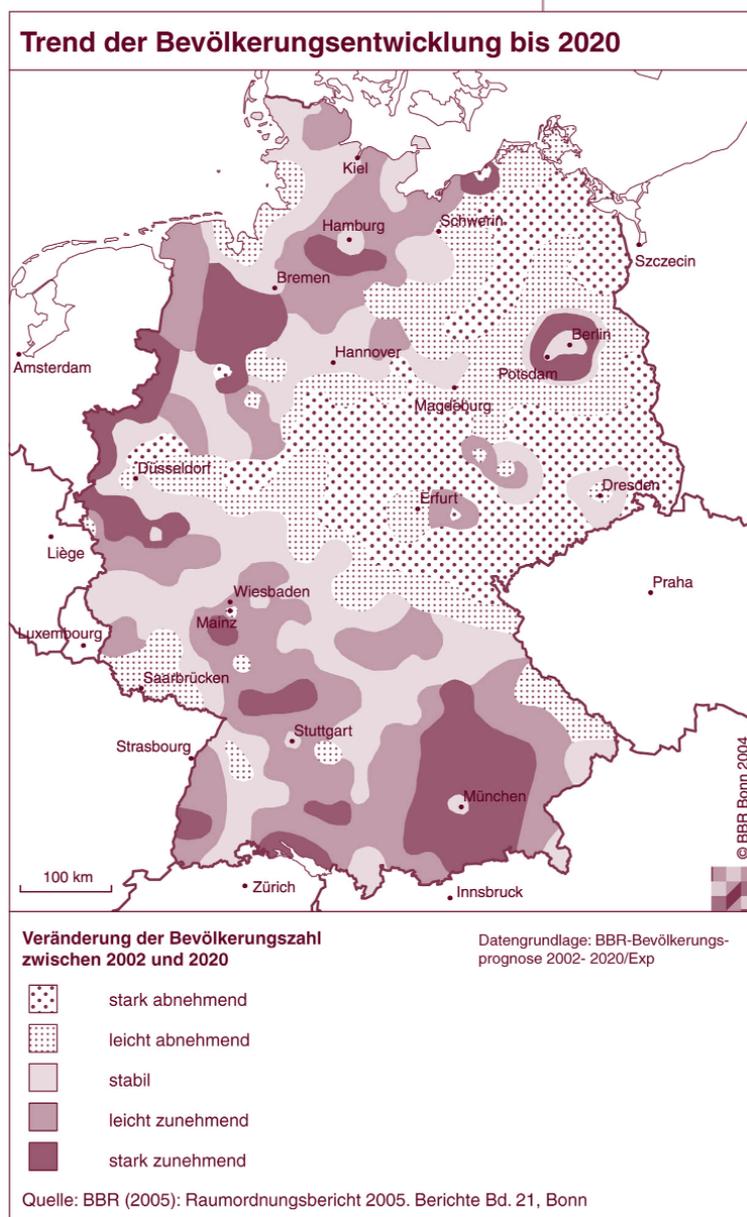
### Wie könnte die nötige Anpassung inhaltlich aussehen?

- Die kinder- und familienfreundliche Gemeinde wird aktiv in der Betreuungsinfrastruktur, dem Ganztagsangebot an Schulen, in den Öffnungszeiten der Ämter und der Verkehrssicherheit: Fachkundige kennen Hunderte von Möglichkeiten. Sie wird weniger aktiv, um die Kinderzahl zu steigern als um die Wanderungen zu beeinflussen.

- Für die Attraktivität als Wirtschaftsstandort sind die Instrumente der kommunalen Wirtschaftspolitik zu erweitern: hin zu kommunal-regionalen Kommunikationsplattformen, vereinbarten Branchenschwerpunkten und deren regional gemeinsamem Marketing.
- Attraktivität kann sich in einer alternden Gesellschaft auch speziell auf die Wünsche der Senioren richten: altengerechte Wohnangebote und ein Ambiente nach deren Wünschen, wie überhaupt ein rechtzeitiger, von Konzepten geleiteter Stadtbau ein wichtiger Standortfaktor im wachsenden Wettbewerb der Städte und Regionen werden dürfte.

Kein Amt bleibt von dieser Neuausrichtung unbetroffen, die politische Führung muss sie aktiv betreiben, und alle müssen wissen: bei schrumpfender Gesamtbevölkerung ist es schon ein Erfolg, diesen Prozess für die eigene Stadt zu verlangsamen – Bescheidenheit ist angesagt.

Prof. Dr. Heinrich Mäding  
Telefon: 030/39001-215  
E-Mail: maeding@difu.de



# Kommunale Wirtschaftspolitik

Neues Heft der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften erschienen



Trotz fortschreitender Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, zunehmender internationaler Vernetzung und der wachsenden Bedeutung der europäischen Ebene für Unternehmensentscheidungen bleiben die spezifischen regionalen und lokalen Bedingungen für die Unternehmensentwicklung von Bedeutung. Unternehmen sind auf gute Standortbedingungen angewiesen, wenn sie sich im wirtschaftlichen Wettbewerb behaupten wollen. Umgekehrt sind Städte auf eine funktionierende Wirtschaft angewiesen.

Unternehmensinvestitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Erzielen von Steuereinnahmen sind Kernpunkte der Diskussion um eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik. Die Bedeutung der Unternehmen für die Städte geht aber weit über ihren Beitrag zu den kommunalen Einnahmen hinaus. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen und Unternehmern, das Wissen der Unternehmer und Arbeitnehmer, Netzwerke zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen entscheiden wesentlich über die Innovationsfähigkeit von Städten und damit über den Erfolg kommunaler Wirtschaftspolitik mit.

Gewerbliche und industrielle Standortmuster haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verfestigt. Veränderungen haben sich vor allem im Zuge der deutschen Vereinigung vollzogen. Darüber hinaus fanden nur in wenigen Fällen bedeutende Verlagerungen innerhalb Deutschlands statt. Wenn Standortmuster sich verändern, handelt es sich häufig um Verlagerungen von Produktionsfunktionen ins Ausland. Darüber können auch schlagzeilenträchtige Neuansiedlungen von Unternehmen und Unternehmensteilen nicht hinwegtäuschen. Damit gewinnen der Umgang mit dem örtlichen oder regionalen Unternehmensbestand und die Förderung der vorhandenen Potenziale für die kommunale Wirtschaftspolitik weiter an Bedeutung. Die Balance zwischen diesen Tätigkeiten einerseits und der Akquisition und Förderung neuer Potenziale andererseits, ist ein Erfolgsfaktor kommunaler Wirtschaftspolitik, der besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Die Entwicklung und der Einsatz neuer Technologien können wesentlich zur Veränderung der beschriebenen verfestigten Standortmuster beitragen. So war der kurze Boom der so genannten New Economy ein derartiger technologieinduzierter Veränderungsprozess von Standortmustern, bei dem es in kurzer Zeit zu einer Vielzahl von Unternehmensgründungen und zu neuen räumlichen Schwerpunktsetzungen kam. Einigen Städten gelang es, sich in diesem Umfeld technologischer Erneuerung gut zu positionieren. Trotz der Ernüchterung über die kurze Zeit später folgende Krise der New Economy gilt, dass kommunale Wirtschaftspolitik auch auf die nächste „Welle“ technologischer Erneuerung wieder reagieren oder besser noch rechtzeitig aktiv eingreifen muss.

Kommunale Wirtschaftspolitik spielt eine wichtige Rolle als Gestaltungsinstrument für attraktive lokale und regionale Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen. Sie kann wesentlich dazu beitragen, lokale und regionale innovative Milieus zu identifizieren und zu unterstützen. Auf diese Weise können lokale und regionale Besonderheiten herausgearbeitet werden, die beim Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen – in einer ähnlicher werdenden Standortkulisse – zunehmend wichtiger für die Standortentscheidung werden und zudem das lokale und regionale Bewusstsein fördern. Auch fällt ihr die Aufgabe zu, Prioritäten bei der Förderung bestimmter Branchen oder Kompetenzfelder zu setzen, rechtzeitig „windows of opportunity“ für neue Kompetenzfelder zu erkennen und entsprechende Entwicklungsbedingungen zu initiieren.

Kommunale Wirtschaftspolitik ist daher eine umfassende Querschnittsaufgabe. Im neuen Band der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften werden unterschiedliche Bereiche dieses Politikfelds näher beleuchtet:

Holger Floeting und Beate Hollbach-Grömig erläutern die vielfältige Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik. Dazu werden die veränderten Rahmenbedingungen, unter denen kommunale Wirtschaftspolitik ihre Aufgaben wahrnehmen muss, aufgezeigt und unterschiedliche Ansätze einer neuen kommunalen Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Herbert Jakoby und Cornelia Schmolinsky schildern am Beispiel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen Erfahrungen mit EU-Strukturfondsprogrammen und erläutern die voraussichtliche Ausgestaltung der künftigen EU-Strukturfondsförderungen – vor allem im Hinblick auf Städte.

Utz Ingo Küpper und Stefan Röllinghoff stellen die Bedeutung von Clusterkonzepten in Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung dar. Sie zeigen, dass solche Ansätze schon länger existieren und stellen eine Typologie der Clusterentwicklung vor. An drei Fallbeispielen erläutern sie die kommunalpraktische Umsetzung von Clusterkonzepten und benennen Erfolgsvoraussetzungen.

Reinhard Wiczorek beschreibt die Veränderungen der bisherigen Praxis kommunaler Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, entwickelt Bausteine zukünftigen kommunalen Engagements in diesem Aufgabenfeld und erläutert sie an Praxisbeispielen aus München.

Rolf Sternberg analysiert das Gründungs-geschehen in Deutschland und dessen regionale Unterschiede. Er benennt die Determinanten für die Entstehung und den Erfolg von Gründungen, analysiert ihre regional-ökonomischen Wirkungen und zeigt auf, an welchen Stellen politische Interventionen sinnvoll und notwendig erscheinen.

Die Beiträge machen deutlich, dass sich die direkten Einwirkungsmöglichkeiten kommunaler Wirtschaftspolitik verringern, die Erwartungen an sie, zum Beispiel im Hinblick auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen, aber steigen. Bei zunehmend beschränkten Ressourcen wird es immer notwendiger, Prioritäten zu setzen, die den personellen und finanziellen Aufwand wirtschaftsfördernder Aktivitäten in Beziehung zum erwarteten Nutzen bringen. Dazu gehört auch ein anderes Selbstverständnis der Akteure. Sie müssen noch stärker die Rolle als Initiator, Moderator und Koordinator betonen, Projekte und Prozesse anstoßen, sie aber in der Durchführung delegieren und nicht mehr selbst fortführen.

Viele Aufgaben werden von der lokalen Wirtschaftsförderung künftig nicht mehr allein gelöst werden können. Kommunen werden in stärkerem Maß auch in der Wirtschaftsförderung miteinander kooperieren müssen, wenn sie sich im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Investitionen behaupten wollen und die zunehmend arbeitsintensivere Betreuung des wirtschaftlichen Bestands gewährleisten, wenn nicht sogar verbessern wollen.

## Seminarbegleitende Bibliographien

Folgende Bibliographien sind zu Fortbildungsveranstaltungen neu erschienen bzw. zurzeit lieferbar:

- Der Demographische Wandel: Handlungs- und Konfliktfelder für und zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ca. 60 Seiten (in Vorbereitung), Heft 8/05.
- Public-Private-Partnership – Perspektive für Bund, Länder und Kommunen. Ca. 60 Seiten (in Vorbereitung), Heft 7/05.
- Wirtschaftlicher Umgang mit kommunalen Immobilien. 43 S., Heft 6/05.
- Kommunale Ordnungsdienste 62 S., Heft 5/05.
- Kommunale Sportpolitik und Sportstättenentwicklung. 63 S., Heft 4/05.
- Politische Steuerung, Evaluation und Qualitätsmanagement in der Stadtentwicklung. 68 S., Heft 3/05.
- Flächenpolitik – Naturschutz – Stadtentwicklung – Finanzen. 74 S., Heft 2/05.
- Zuwanderungsgesetz – neue Perspektiven für die Ausländerpolitik. 68 S., Heft 1/05.
- Stadtbau und Freiraumentwicklung 65 S., Heft 12/04.
- Haushaltskonsolidierung – strategische Daueraufgabe. 60 S., Heft 11/04.
- Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. 62 S., Heft 10/04.
- Neuausrichtung der Personalarbeit 72 S., Heft 9/04.
- Korruptionsbekämpfung und Prävention 62 S., Heft 8/04.
- Qualitätsmanagement für den ÖPNV 49 S., Heft 7/04.
- Die Stadt und ihre Bürger – Beteiligung und Kommunikation. 57 S., Heft 6/04.
- Strukturwandel in der Wasserwirtschaft. 55 S., Heft 5/04.

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Geogr. Holger Floeting  
Telefon: 03039001-221  
E-Mail: floeting@difu.de

Dr. rer. nat.  
Beate Hollbach-Grömig  
Telefon: 030/39001-293  
E-Mail: hollbach-groemig@difu.de

Bestellung:  
siehe Bestellschein

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Ing.  
Heidrun Kunert-Schroth  
Telefon: 030/39001-297  
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

**Bestellung:**  
Difu-Vertrieb, Postfach 120321  
10593 Berlin  
E-Mail: verlag@difu.de  
Telefon: 030/39001-253  
Telefax: 030/39001-275

Die Bibliographien kosten jeweils 8,- Euro. Mitarbeiter aus Verwaltung und Rat der Difu-Zuwanderstädte können sie über das Difu-Extranet kostenlos herunterladen:  
<http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/>

# Stadtbilder und Stadtrepräsentationen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ widmet sich dem Thema Stadtbilder und Stadtrepräsentationen in historischer Perspektive. Die verantwortlichen Herausgeber sind Jochen Guckes, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin sowie Sandra Schürmann, freie Historikerin und Kuratorin.

Guckes und Schürmann betonen in ihrem Leitartikel das stark gestiegene Forschungsinteresse sowie die fortgeschrittene interdisziplinäre Vernetzung in der Debatte um „Stadtbilder“, die unter anderem als Images und als Symbole sozialer Ordnung eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis wie für das Marketing von Städten besitzen. Ihren „physischen Niederschlag“ finden sie nicht zuletzt in der gebauten Stadt, in deren Strukturen Stadtbilder verräumlicht, geformt und fortgeschrieben werden. Mit Rückgriff auf das kulturhistorische Konzept der „Repräsentationen“ von Roger Chartier unterstreichen die Autoren, dass Stadtbilder stets auch Grenzen markieren, Werte transportieren und zumeist gegen konkurrierende Bilder durchgesetzt werden müssen. „Die Wahl zwischen beruhigendem Vergangenheitsbezug und mobilisierender Zukunftsorientierung“ präge das Ringen um die Formulierung von Stadtbildern insbesondere in Krisenzeiten, wie die folgenden Aufsätze mit einem besonderen Akzent auf dem internationalen Vergleich zeigten.

In weiteren Beiträgen zum Themenschwerpunkt analysiert Timothy Pursell (Fairbanks)

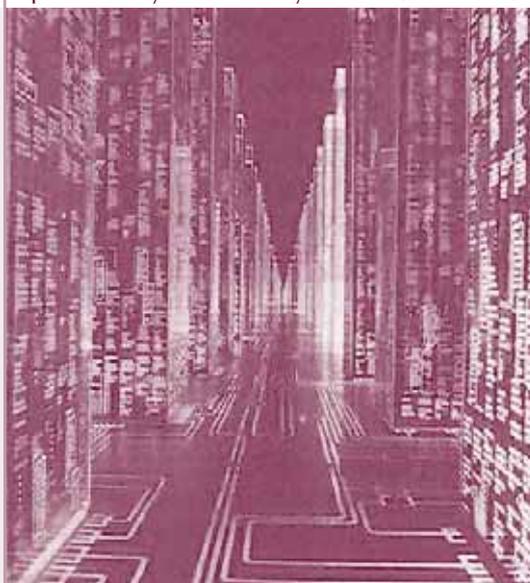
die Interferenzen zwischen Tourismusförderung und Identitätsentwicklung in Hagen im 20. Jahrhundert, Astrid Wonneberger (Hamburg) rekonstruiert die Hafenanrenuierung in Dublin als Kontext einer Entwicklung „vom Schmuttelimage zur Weltstadt“, und Rolf Lindner/Lutz Musner (Berlin/Wien) analysieren mit der „kulturellen Ökonomie von Zeichen“ den sprunghaften Bedeutungsgewinn von Kultur in der heutigen „Metropolenkonkurrenz“ um Investitionen und Touristen. Zeynep Kezer (Lincoln) rekonstruiert den extrem spannungsreichen Prozess der städtebaulichen und politischen Transformation Ankaras in den 20er Jahren, und Katrin Grossmann (Marburg) bewertet den „Abriss Ost“ – Plattenbauten in Ostdeutschland – als Ausdruck ideologisch besonders stark aufgeladener „Raumbilder“. Die Rolle europäischer kolonialer Stadtbilder in Douala/Kamerun beleuchtet Simon Elate Som (Dürmersheim), Anthony McElligott (Limerick) diskutiert Ansätze des Konzepts der virtuellen „Cybercity“ in Filmen und kulturwissenschaftlichen Analysen des 20. Jahrhunderts. Jochen Guckes umreißt den Forschungsstand zum Thema mit seinem Forschungsbericht, der unter anderem die Wahrnehmungsmuster von Stadträumen und die Rolle von Stadtbildern in der städtischen „Identitätspolitik“ als zwei Schwerpunkte der aktuellen Diskussion benennt. Eine ausführliche Rezension von Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover) über die beiden von Adelheid von Saldern herausgegebenen Bände zu Stadtrepräsentationen im Nationalsozialismus, der DDR und der Bundesrepublik beschließt den Themenschwerpunkt.

In der Rubrik „Forum“ präsentiert das IMS-Heft eine breit angelegte Analyse Friedrich Lengers (Gießen) zu den Problemen einer Geschichte der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert, in der Lenger unter anderem ein erhebliches Defizit an historischen Analysen für die Zeit nach 1945 konstatiert. Weitere Beiträge berichten über nationale und internationale Tagungen unter anderem zu Fragen der „Entgrenzung des Städtischen“ und des Wandels der städtischen Umwelt in der Langzeitperspektive. Mitteilungen über kommende Konferenzen und den neuen Master-Studiengang „Geschichte – Umwelt – Stadt“ an der TU Darmstadt beschließen das Heft.

## Weitere Informationen:

Dr. Christoph Bernhardt  
Telefon: 03362/793280

Bestellung:  
siehe Bestellschein



# Kommunale Abfallwirtschaft

## Marktöffnung und sichere Entsorgung

Marktöffnung und sichere Entsorgung, dies war das Thema der gemeinsamen Fachtagung der drei deutschen kommunalen Spitzenverbände, des Österreichischen Städtebundes, des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), Deutsche Sektion, und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) am 25. und 26. November 2004.

Damit wurde eine Reihe von Fachtagungen fortgesetzt, in deren Rahmen seit 1998 im zweijährigen Turnus das Aufgabenfeld Abfallwirtschaft in den Blick genommen wird. Die Veranstaltung war – wie bereits die drei Vorgängerveranstaltungen – gut besucht. Die mehr als 70 Fachleute kamen vornehmlich aus Entsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieben sowie aus den Fachverwaltungen der zuständigen Städte und Landkreise und aus Zweckverbänden. Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat die Veranstaltung dokumentiert und nun in seiner Materialien-Reihe veröffentlicht.

Die „spielentscheidende“ Frage nach der kommunalen Zuständigkeit und Verantwortung für zentrale abfallwirtschaftliche Aufgaben zog immer wieder hohe Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf sich – bei den Vorträgen im Plenum, in den Fachkreisen sowie beim Abschlusspodium.

Nicht nur für die deutschen Akteure sind hinsichtlich einer Marktöffnung Fragen wie die folgenden eminent wichtig:

- Wie kann gewährleistet werden, dass die Entsorgungssicherheit im nötigen Umfang erhalten bleibt?
- Können die kommunalen Handlungsträger die Leistungserbringung bei einem Verzicht auf ein lokales Entsorgungsmopol eigentlich noch garantieren?
- Welche Folgen hat eine Marktöffnung für die unabdingbare Refinanzierung aufwändig erstellter kommunaler Entsorgungseinrichtungen?
- Wie sind sinkende Abfallmengen als Abrechnungsgrundlage bei hohen Fixkosten mit gebührenrechtlichen Anforderungen noch in Einklang zu bringen?

Da ein Großteil der jeweiligen nationalen Rechtsinstrumente durch Rechtsvorschriften der EU vorgeprägt wird, wurden die Liberalisierungstendenzen im Abfallbereich anderer EU-Staaten in die Debatte einbezogen.

Auch diese vierte Fachtagung im Berliner Ernst-Reuter-Haus bot viele Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch: So wurde gemeinsam nach Lösungswegen für einen erfolgreichen Umgang der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger mit den in Deutschland aktuell auftretenden Problemlagen gesucht. Darüber hinaus konnten die Positionen der kommunalen Handlungsträger aus anderen EU-Staaten zu den derzeit dort auftretenden abfallpolitischen Problemlagen in Erfahrung gebracht und diskutiert werden.

Die Diskussion zeigte, dass die „kommunale Schnittmenge“ in der EU groß ist und auch Stoff für interessante Vergleiche bietet. Insgesamt stieß die vierte gemeinsame Veranstaltung bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der kommunalen Szene auf ein ausgesprochen positives Echo. Daher soll die Veranstaltungsreihe in dieser Form fortgesetzt werden, zumal der thematische „Brennpunkt“ Abfallpolitik mit Sicherheit auch künftig genügend Stoff und „Reibungsflächen“ für eine – notwendigerweise auch ebenenübergreifende – Debatte bereithält.



### Weitere Informationen:

Dr. Gerd Kühn  
Telefon: 030/39001-255  
E-Mail: [kuehn@difu.de](mailto:kuehn@difu.de)

Bestellung:  
siehe Bestellschein

# Soziale Aspekte des Flächenrecyclings in den Städten

Neue Veröffentlichung im Rahmen der deutsch-amerikanischen Forschungskooperation



## Deutsch-amerikanische Forschungskooperation

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die United States Environmental Protection Agency (US EPA) starteten 1990 eine bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Altlastensanierung. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit steht eine Serie von sechs Workshops, von denen die zweite Veranstaltung in der Reihe der Difu-Materialien dokumentiert ist.

Die zurzeit laufende Phase III der deutsch-amerikanischen Forschungskooperation widmet sich dem Thema Nachhaltige Ressourcenschonung – Flächenmanagement und Flächenrecycling (Sustainable Resource Conservation – Land Management/Site Recycling).

Ein wesentlicher Baustein des transatlantischen Lernprozesses ist der Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen amerikanischen und deutschen Wissenschaftlern, vor allem aber auch kommunalen Praktikern im Hinblick auf geeignete Strategien und Instrumente des Flächenrecyclings.

## Dokumentation eines bilateralen Workshops in Leipzig

Am 17. und 18. Juni 2004 fand in Leipzig der vierte internationale Workshop statt. Hier ging es um das Thema Soziale Aspekte des Flächenrecyclings. Im Zentrum stand dabei die bilaterale Information über die in den USA und Deutschland angewandten Strategien und Instrumente, die für Flächenrecycling (Brownfield Redevelopment) einsetzbar sind.

Die Dokumentation, die umfangreiche übersetzte Texte und Diskussionsbeiträge sowie englischsprachige Vortragsfolien umfasst, enthält Beiträge US-amerikanischer und deutscher Experten über die Integration von sozialen Belangen und Flächenrecycling im Rahmen der Stadt- oder Stadtteilentwicklung.

## Soziale Belange und Flächenrecycling

Bei der Revitalisierung von Brachflächen sind meist verschiedene soziale Aspekte berührt. Die Innenstädte sollen möglichst als

integrierte Standorte für Wohnen, Arbeiten und Erholung entwickelt werden. Innerörtliche Brachflächen stellen hierfür ein großes Potenzial dar, da sie meist gut erschlossen und zentral gelegen sind. Brachflächen sind zugleich Kristallisationspunkte für soziale, ökologische und beschäftigungsorientierte Nutzungen in Stadtumbaugebieten.

Die soziale Verträglichkeit des Flächenrecyclings hängt davon ab, ob eine Verknüpfung öffentlicher und technischer Belange sowie eine umfassende städtebauliche Erneuerung des Bestands und der Stadtstrukturen beteiligungsorientiert gelingt. Aus finanzieller Sicht sollte das privatwirtschaftliche Interesse an Projekten der Branchenrevitalisierung und das öffentliche Interesse an langfristig wirkenden sozialen Effekten in den betreffenden Stadtteilen effektiv gebündelt werden.

## Brachflächenrevitalisierung in schrumpfenden Städten

Gerade bei Schrumpfungsbedingungen ist es sinnvoll, dass die Städte die Wiedernutzung von Brachflächen zur Verbesserung der bebauten und unbebauten Umwelt der Bewohner betroffener Stadtteile nutzen und gleichzeitig Impulse für Beschäftigung, Qualifizierung und die Stärkung lokaler Ökonomien geben.

Soziale Belange sind dabei sowohl in der Phase der Planung einer neuen baulichen oder nicht-baulichen Nutzung als auch während der sich anschließenden Nutzungsphase zu berücksichtigen.

Mischnutzungskonzepte und Zwischennutzungen sind probate Ansätze zur Erreichung dieser Ziele. In der Regel sind einzelne Brachflächenprojekte eingebettet in übergreifende Programme der Sanierung oder Aufwertung ganzer Stadtquartiere.

Anhand der im Workshop präsentierten Beispiele und aus verschiedensten Dokumentationen über Brachflächenrevitalisierungsprojekte in beiden Ländern lassen häufige sozial orientierte Nachnutzungsmuster erkennen:

- Familiengerechtes Wohnen, Altenwohnen, Mehrgenerationenwohnen
- Nachbarschaftszentren, Kulturzentren
- Jugendzentren und Nachbarschaftstreffs
- Gewerberaum für Existenzgründer
- Mischnutzungen (Wohnen und Arbeiten)
- Grün- und Freiflächen, Spielplätze
- Zwischennutzungen (Freiraum, Kultur, Kunst, Sport, Freizeit)
- Gemeinschaftsgärten
- Radwege.
- Quartiermanagement, Bürgerbüros
- Projekte (unter anderem Bildung, Qualifizierung, Umfeldgestaltung)
- Arbeitsgruppen und Ausschüsse (projektbezogen, themenbezogen, quartierbezogen)
- Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommune, Investoren, Bürgern, Verbänden
- Ausstellungen
- Internetauftritt
- Aktionen und Events (unter anderem Kultur, Kunst).

Zwischennutzungen auf Flächen, für die noch kein Investor gefunden werden konnte, dienen der Aufwertung städtebaulich bedeutsamer Flächen und verhindern eine negative Ausstrahlung auf das Umfeld. Häufig werden hier freiraumorientierte Zwischennutzungen etabliert, aber auch Parkplätze oder Veranstaltungsorte.

### **Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen einer sozial ausgewogenen Brachflächenrevitalisierung**

Auf deutscher Seite ermöglicht das Städtebaurecht mit der Ausweisung von Sanierungs-, Entwicklungs- oder Stadtumbaugebieten die Erreichung baulicher und sozialer Ziele. Programme wie u.a. Soziale Stadt und URBAN oder der Europäische Sozialfonds setzen darüber hinaus weitere Impulse für Qualifizierung, Stärkung lokaler Ökonomien und Empowerment. Oft flankieren arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Bewältigung des Strukturwandels in den betroffenen Städten oder Stadtteilen.

Auch in den USA tragen Bundesrecht wie der National Environmental Policy Act (NEPA) oder einzelstaatliches Recht wie der California Environmental Quality Act (CEQA) zur Berücksichtigung sozialer Belange bei. Auf Superfund-Flächen und im Falle der Konversion militärischer Liegenschaften ist eine Bürgerbeteiligung vorgeschrieben. Die Ausweisung von urban renewal areas führt ebenfalls zur Berücksichtigung sozialer Belange. Steuerliche Anreize wecken das Interesse von privaten Investoren zur Umsetzung sozial intendierter Vorhaben (z.B. Bau von Wohnungen für gering verdienende Haushalte) auf Brachflächen.

### **Flächenrecycling und Bürgerbeteiligung**

In den USA und in Deutschland besteht eine große Vielfalt bei den Formen der Bürgerbeteiligung. Zu nennen sind unter anderem:

- gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung
- öffentliche Veranstaltungen, Foren
- Lokaltermine und Besichtigungstouren

Dabei dienen die unterschiedlichen Formen der Bürgerbeteiligung der Festlegung gemeinsamer Ziele zwischen verschiedenen öffentlichen und privaten Akteuren, der Sicherung von Abwägungsspielräumen innerhalb der Projektrealisierung, der Berücksichtigung von Anwohnerinteressen, der Information über Projektrealisierung und eventuelle Risiken sowie der Schaffung von Transparenz und Akzeptanz über bzw. für Revitalisierungsvorhaben. In beiden Ländern helfen Formen der aufsuchenden und stadtteilbezogenen Arbeit, Bewohnerengagement und Selbsthilfepotenziale zu aktivieren.

### **Praxiserfahrungen aus Flächenrecycling-Projekten**

Die in den Beiträgen dargestellten Erfahrungen aus US-amerikanischen sowie deutschen Fallstudien (Case Studies) und Beispielen verdeutlichen die Möglichkeiten der Verknüpfung sozialer Belange der Stadt- oder Stadtteilentwicklung und des Flächenrecyclings. Hierbei schildern Praktiker Lösungsansätze aus verschiedenen US-amerikanischen und deutschen Städten wie Stuttgart (Baden-Württemberg), Leipzig (Sachsen), Dresden (Sachsen), Berlin, Trenton (New Jersey), San Diego (Kalifornien) und Lawrence (Massachusetts).

Die Dokumentation des vierten deutsch-amerikanischen Workshops zeigt, dass Flächenrecycling heute keine isolierte Fachaufgabe mehr ist. Vielmehr ist es ein wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Daher müssen erfolgreiche Nachnutzungskonzepte für Brachflächen die unterschiedlichen Anforderungen von Räumen, Nutzern, Nutzungen und Funktionen erfüllen. Fördernde Faktoren für eine Berücksichtigung sozialer Belange sind ein ganzheitlicher Programmansatz auf bundesstaatlicher oder Landesebene, eine Unterstützung des Programms in Verwaltungsspitze, flache Organisations- und Verantwortungshierarchien sowie eine rege Beteiligung von Akteuren an unterschiedlichen Kooperationen.

Jugendliche wirken bei der Revitalisierung ihrer Stadt mit – im Community Works' Young Architects Program der Stadt Lawrence (Massachusetts)  
Foto: Maggie Super Church

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß  
Telefon: 030/39001-265  
E-Mail: preuss@difu.de

Bestellung:  
siehe Bestellschein

# Difu-Gutachten belegt wachsende Zahl von Public Private Partnership-Projekten in Kommunen

Im Auftrag der PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erstellte das Deutsche Institut für Urbanistik eine aktuelle Bestandsaufnahme zu PPP-Projekten in Bund, Ländern und Kommunen. Anfang September erschien bereits eine Kurzfassung der Studienergebnisse, die Gesamtergebnisse sind in der im Oktober 2005 erschienenen Langfassung nachzulesen.

## Wesentliche kommunale Ergebnisse

Mit dem Gutachten liegt erstmals eine umfassende Erhebung von Public Private Partnership-Projekten (PPP-Projekte) in den deutschen Kommunen vor. Durch PPP-Projekte sollen öffentliche Leistungen durch bestimmte Formen der Arbeitsteilung zwischen Kommunen und Privaten mit geringeren Kosten, schneller sowie in besserer Qualität realisiert werden.

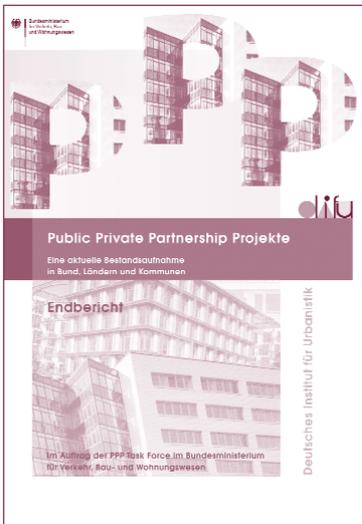
Die aktuelle Studie belegt, dass Infrastrukturprojekte in öffentlich privater Partnerschaft in Städten, Gemeinden und Kreisen immer häufiger als Alternative zur rein kommunalen Eigenerstellung gesehen werden. In fast einem Viertel (23 Prozent) der antwortenden 1203 Kommunen gibt es inzwischen aktuelle PPP-Projekte (Start ab dem Jahr 2000) oder konkrete Projektabsichten. In diesen Kommunen lassen sich mehr als 160 PPP-Projek-

te im engeren Sinn (i.e.S.) identifizieren, also Projekte, die mehrere Phasen des „Lebenszyklus“ – Planung, Bau, Betrieb, Finanzierung, Verwertung – umfassen. Hochrechnungen lassen vermuten, dass auf kommunaler Ebene insgesamt mindestens 240 aktuelle PPP-Projekte i.e.S. in der Umsetzung oder Planung sind. PPP ist in den Kommunen aber kein neues Thema: Knapp fünf Prozent nannten auch Projekte, die bereits im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 begonnen wurden.

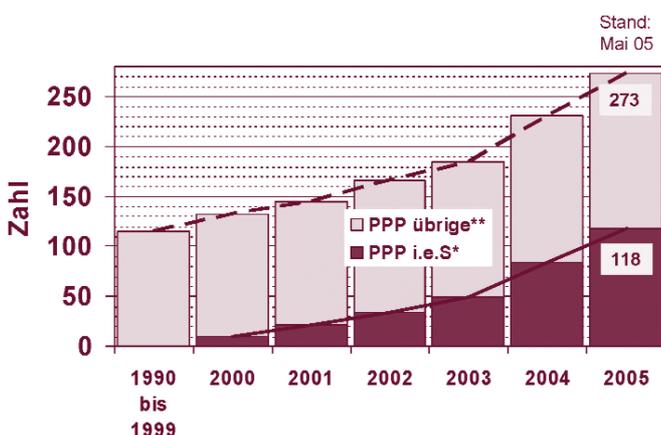
Analog zur Zahl der Projekte ist bei den Kommunen ein nahezu stetiger Anstieg der Investitionen in PPP-Projekte zu verzeichnen. Hochgerechnet auf alle Kommunen beträgt die Gesamtsumme der Investitionskosten der aktuellen kommunalen PPP-Projekte drei Milliarden Euro. Die durchschnittliche Investitionssumme der Projekte auf kommunaler Ebene beträgt 13 bis 16 Millionen Euro je Projekt – auch hier wieder abhängig von der engen oder weiteren Abgrenzung von PPP.

Trotz der wachsenden Verbreitung von PPP-Projekten sind die darin getätigten Investitionen im Vergleich zu den gesamten kommunalen Sachinvestitionen gering. So machen die PPP-Investitionen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 zwei bis drei Prozent der Summe der Sachinvestitionen aus. Die Tendenz ist steigend, so dass aktuell mit etwa fünf Prozent gerechnet werden kann.

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Zahl der PPP-Projekte sind die Erwartungen an PPP hinsichtlich Effizienzsteigerungen. In den Kommunen, die dies als Hauptargument für die Durchführung von PPP-Projekten angeben, werden diese Erwartungen meist erfüllt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich hierbei nur um Projekte handelt, bei denen eine vorbereitende Wirtschaftlichkeitsprüfung bereits zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Im Durchschnitt werden Effizienzgewinne von zehn Prozent erzielt – und dies unter Zugrundelegung einer realistischen Berechnungsmethode, die Zins- und Zinseszinsfekte zukünftiger Zahlungsströme berücksichtigt.



PPP-Projekte nach Jahr des Vertragsschlusses (kumuliert) - Kommunen -



\* PPP-Projekte im engeren Sinne (mindestens 3 Lebenszyklusphasen)  
 \*\* PPP-Projekte mit weniger als 3 Lebenszyklusphasen oder unbekannter Einordnung

Die Bereiche, in denen PPP in den Kommunen heute bereits eine größere Rolle spielen – Schulen, Sport, Touristik, Freizeit, Stadthallen und Verwaltungsgebäude – sind auch diejenigen, denen in Zukunft besondere Bedeutung beigemessen wird. Hinzu kommen künftig die Bereiche Kultur, Kinderbetreuung, Stadtentwicklung, Umwelt, Versorgung und auch E-Government.

Trotz dieser Zahlen: In rund drei Viertel aller Kommunen gibt es noch keine PPP und auch keine PPP-Projektabsichten. Hierbei handelt es sich vor allem kleinere Gemeinden. Teilweise werden dafür gute Gründe genannt, teilweise fehlt auch der Bedarf. Oft sind es aber auch fehlende Erfahrung oder fehlende Mittel zur Anschubfinanzierung, die dazu führen, dass PPP nicht zustande kommen. In vielen Großstädten dagegen steht PPP inzwischen auf der Tagesordnung; mehr als jede zweite Großstadt setzt bereits einzelne Vorhaben in öffentlich-privater Partnerschaft um.

Wenn die Kommunen PPP-Projekte für sinnvoll erachten und durchführen – sieben von acht auf kommunaler Ebene beschlossene Projekte werden auch realisiert – dann erfüllen sie auch meist die in sie gesetzten

Erwartungen. In Einzelfällen gibt es jedoch auch Projekte, die zu unbefriedigenden Ergebnissen führen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Auch wenn PPP in den Kommunen heute noch begrenzt Verbreitung finden, werden sie in Zukunft vermutlich noch häufiger zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge umgesetzt. Aus den Erfahrungen guter wie schlechter Modelle wird dafür zu lernen sein.

Die Ergebnisse gehen aus einer aktuellen Bestandsaufnahme von PPP-Projekten in Bund, Ländern und Kommunen hervor, die im Mai 2005 erstellt wurde. Darin werden unter anderem Aussagen zur Verbreitung, zu Projekttypen, Investitionen, Hemmnissen und Erfolgseinschätzungen gemacht. Nicht berücksichtigt in den Zahlen sind so genannte institutionelle PPP, also etwa Unternehmen mit öffentlichen und privaten Gesellschaftern mit Daueraufgaben, wie z.B. Stadtwerke, sowie PPP-Projekte im Bereich Ver- und Entsorgung. Diese Formen von PPP wurden nicht erfasst.

## Was ist eigentlich PPP?

PPP steht für Public Private Partnership, zu deutsch für eine öffentlich-private Partnerschaft. Immer gebräuchlicher wird auch die deutsche Abkürzung ÖPP. Der Begriff PPP wird in unterschiedlichen Bedeutungen verwendet. In einem sehr weiten Sinne ist mit PPP das gesamte Feld der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und privaten Unternehmen gemeint. PPP wird in diesem Sinne oft gleich gesetzt mit gemischt-wirtschaftlichen Unternehmen, gleichgültig welchen Gegenstand solche gemischten Gesellschaften haben. Das engere, ursprüngliche Verständnis beschränkt den Begriff der PPP jedoch auf öffentlich-private Kooperationen zur gemeinsamen Durchführung konkreter Projekte. Die öffentliche Hand verspricht sich hiervon eine schnellere, günstigere und flexiblere Realisierung von öffentlichen Vorhaben. Solche projektbezogenen Kooperationen können, müssen aber nicht von gemeinsamen öffentlich-privaten Gesellschaften getragen werden. Die Rolle

des Privaten bei der Durchführung eines solchen Projekts kann unterschiedlich sein: Anfangs wurden Private meist nur zur Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturprojekten einbezogen, mittlerweile beteiligen sich Private darüber hinaus auch an der Planungsphase, übernehmen Bau oder Sanierung, Betrieb und Instandhaltung oder auch die gegebenenfalls am Ende der öffentlichen Nutzung eines Objekts erforderlichen Verwertung. Ein neuerer Ansatz versteht denn auch unter PPP nur solche Kooperationen, bei denen wenigstens drei dieser Lebenszyklusphasen eines Objekts vom Privaten übernommen werden. Die Kommune zahlt während der Nutzung des Objekts für die Leistung des Privaten meist ein im Voraus vereinbartes regelmäßiges Entgelt. Daneben kann die Leistung des Privaten auch ganz oder teilweise durch Entgelte oder Gebühren der Nutzer dieser Einrichtung finanziert werden.

### Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Busso Grabow  
Telefon: 030/39001-248/-202  
E-Mail: [grabow@difu.de](mailto:grabow@difu.de)

Medieninfo:  
<http://www.difu.de/presse/050906ppp.shtml>  
Kurzfassung:  
<http://www.difu.de/presse/050906ppp.pdf>  
Langfassung:  
<http://edoc.difu.de/orlis/DF9767.pdf>

Bestellung:  
siehe Bestellschein

# Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten

## Praxis der Lokalen Agenda 21



Das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ hat in den letzten Jahren vor allem im Hinblick auf Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung zunehmend an Bedeutung gewonnen. So legte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur 2. Europäischen Konferenz „Umwelt und Gesundheit“ 1994 in Helsinki einen „Aktionsplan Umwelt und Gesundheit für Europa“ vor und die Umwelt- und Gesundheitsminister der teilnehmenden Staaten einigten sich darauf, diesen Plan auf nationaler Ebene durch „Nationale Aktionspläne Umwelt und Gesundheit“ umzusetzen. Auch in Deutschland wurde 1999 ein bundesweites Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) ins Leben gerufen.

Bei der Vernetzung von Umwelt und Gesundheit gewinnen auch Aktivitäten der Kommunen zunehmend an Bedeutung. Besonders auf lokaler Ebene zeichnet sich Handlungsbedarf im Hinblick auf die Entwicklung nachhaltig gesundheitsverträglicher Umweltverhältnisse ab. Beispiele hierfür: ein gesundes Wohnumfeld, ausreichende Erholungsflächen sowie Spiel- und Bewegungsräume und die Verringerung der Verkehrs-, Lärm und Luftbelastung. Dabei erscheint es weder zweckmäßig noch aussichtsreich, Parallelstrukturen im Sinne „Kommunaler Aktionspläne Umwelt und Gesundheit“ zu bereits vorhandenen kommunalen Strukturen mit ähnlicher Programmatik und Arbeitsweise aufzubauen. Vielmehr wird es von Fachleuten für sinnvoll gehalten, an bestehende Strukturen in den Kommunen anzuknüpfen und eine stärkere Vernetzung der einzelnen Akteure anzustreben. In diesem Zusammenhang wird vor allem auf die Lokale Agenda 21 hingewiesen.

Auch wenn das Thema Gesundheit in der bisherigen Praxis der Lokalen Agenda 21 lange nicht den gleichen Stellenwert hat wie das Thema Umwelt, scheinen mit dem „Instrument“ der Lokalen Agenda 21 auf kommunaler Ebene gute Voraussetzungen für eine stärkere Integration der vorhandenen Sachkompetenzen in den Umwelt- und Gesundheitsbereichen und für die ressortübergreifende Nutzung von Synergiepotenzialen an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Gesundheit zu bestehen.

Das Difu hat sich daher gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern (agenda-transfer, Agentur für Nachhaltigkeit GmbH; Fachhochschule Magdeburg-Stendal, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen; Institut für Medizinsoziologie am Universitätsklinikum Eppendorf der Universität Hamburg; Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen) in einer im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG) vom Umweltbundesamt geförderten Expertise mit folgenden Fragen beschäftigt:

- Werden die Potenziale der Lokalen Agenda 21 im Hinblick auf eine Verknüpfung und Vernetzung der Themenbereiche Umwelt und Gesundheit auf kommunaler Ebene bereits ausgeschöpft? Und wenn ja, inwieweit?
- Welche erfolgreichen Strategien und Projekte werden in der kommunalen Praxis hierfür entwickelt und umgesetzt?
- In welchen Bereichen existieren Kooperations- und Kommunikationsbarrieren oder andere Hemmnisse?
- Welcher Informations- und Unterstützungsbedarf besteht in diesem Zusammenhang bei den Vor-Ort-Akteuren?

In der empirisch angelegten Untersuchung wurden verschiedene quantitative und qualitative Methoden angewandt und verknüpft: schriftliche Umfrage bei kreisfreien Städten und Kreisen mit Lokale-Agenda-Beschluss, Fallstudienanalyse in den Städten Heidelberg, Magdeburg, München und Viernheim, Expertengespräche sowie schriftliche Befragung der Länderministerien für Umwelt und Gesundheit. Die zentralen Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Expertise enthält die neue „Aktuelle Information“ des Difu. Die gesamte Expertise wird in Kürze unter [www.apug.de](http://www.apug.de) im Volltext als Download verfügbar sein: Christa Böhme, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis, Berlin 2005).

**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Ing. Christa Böhme  
Telefon: 030/39001-291  
E-Mail: [boehme@difu.de](mailto:boehme@difu.de)

Bestellung:  
siehe Bestellschein  
Download: [www.apug.de](http://www.apug.de)

# Rückkehr in die Stadt ist keine Modeerscheinung

Neue Difu-Studie zum „Innenstadtwohnen“ erschienen

Jahrzehntlang war die räumliche Entwicklung der Städte durch die Abwanderung ins Umland geprägt. Vor allem junge Familien gehörten zu den „Stadtflüchtern“. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) macht einen neuen Trend sichtbar: Insbesondere innenstadtnahe Quartiere werden wieder als attraktiver Wohnstandort entdeckt. Nach jahrelangen Bevölkerungsverlusten nimmt die Einwohnerzahl innenstadtnaher Quartiere in einigen Städten sogar bereits wieder zu. Aber nicht allen, die dort wohnen möchten, ist dies auch möglich.

Die Studie verdeutlicht, dass das Interesse am Wohnen in der Innenstadt keine Modeerscheinung ist. Offenbar fördert der grundsätzliche Wandel der Lebensbedingungen in den Städten diesen Prozess. Vor allem die Attraktivität der Stadt und des innenstadtnahen Bereichs wurde bei Bewohnerbefragungen als Grund für den Wunsch zum Wohnen in der Stadt genannt.

Das freistehende Einfamilienhaus galt seit Jahrzehnten als das unangefochtene Wohnleitbild und ist mit Abstand die favorisierte Wohnform der Deutschen. Doch es ist zu erwarten, dass sich neue Wohnpräferenzen herausbilden. Vermutlich wird das freistehende Einfamilienhaus seine Dominanz als Wohnleitbild für bestimmte Bevölkerungsschichten verlieren.

Die Preise für Wohnraum im renovierten Bestand des innenstadtnahen Bereichs steigen weiterhin an. Zudem entsteht in den meisten Städten, die über innenstadtnahe Brach- und Recyclingflächen verfügen, und deren Wiedernutzung auch dem Wohnen dienen soll, vorrangig Wohnraum im hochpreisigen Sektor. Wenn sich die vorhandenen Areale mit einer wohl situierten Bevölkerung in den Innenstädten weiter ausbreiten, wird mit einer weiteren Verdrängung finanziell schlechter gestellter Bevölkerungsgruppen aus innenstadtnahen Wohnquartieren zu rechnen sein.

Die Innenstadt und innenstadtnahe Gebiete sind auch bei jungen Familien beliebt. Die Befragungen aus den Untersuchungsgebiete-

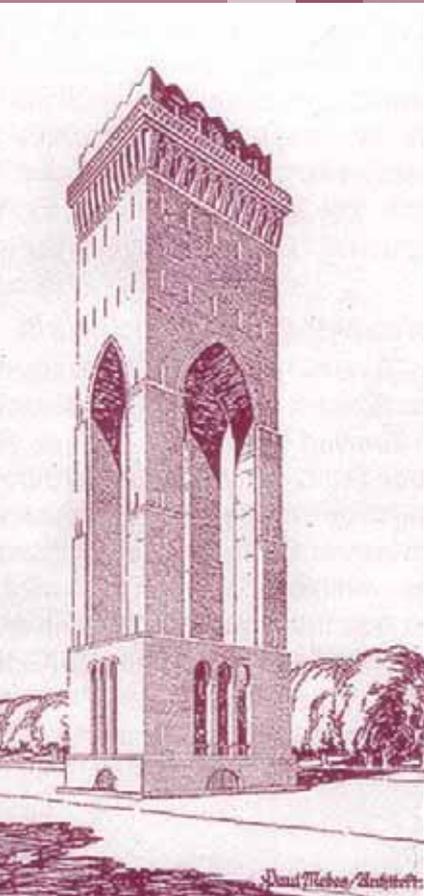
ten verdeutlichten, dass junge Familien oder Haushalte, die vor der Familiengründung stehen, in ihrem innenstadtnahen Quartieren bleiben möchten und nur aus Gründen des steigenden Flächenbedarfs eine größere Wohnung suchen. Angemessenen Wohnraum finden sie aber meist nicht und schon gar nicht zu akzeptablen Preisen in ihrem bisherigen innenstadtnahen Wohnquartier. Das Innenstadtwohnen wird von diesen Personengruppen dabei keineswegs – wie vielfach unterstellt – von vornherein als familien- oder kinderfeindlich empfunden. Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht ist die Abwanderung von Familien in das Umland nicht erwünscht und von den Familien ebenso wenig gewollt, sondern meist – finanziell – erzwungen. Es gilt daher, die Vorstellung vom familienfeindlichen Stadtleben – sowohl seitens der Stadtplanung als auch der Wohnungswirtschaft – zu korrigieren und ein neues Leitbild des „familien- und kindgerechten Wohnens“ für innenstadtnahe Gebiete zu entwickeln.

Die neue Difu-Studie ist die erste Untersuchung, die die Rückkehr des Wohnens in die Innenstadt als generellen Trend ausmacht und beschreibt. Das Deutsche Institut für Urbanistik befragte Bewohner in Leipzig und München und untersuchte am Beispiel der Hamburger „Hafencity“ die Umnutzung des innenstadtnahen Hafengeländes auch für das Wohnen. Ein Erfahrungsbericht zum Wohnen am Potsdamer Platz in Berlin rundet die Studie ab.



**Weitere Informationen:**  
Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl  
Telefon: 030/39001-243  
E-Mail: bruehl@difu.de

Bestellung:  
siehe Bestellschein



# Städte und Denkmalschutz in Deutschland

Angesichts des Veränderungsdrucks durch die Globalisierung und den Strukturwandel sowie der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stehen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen. Eine breite öffentliche Akzeptanz ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit dieses Politikfelds.

Während die einen auf ein gestiegenes Denkmalinteresse verweisen, konstatieren die anderen gravierende aktuelle Probleme: die nach der Wiedervereinigung erhöhten Anstrengungen bei der Erhaltung von Bau- und Bodendenkmälern, die stagnierenden oder sinkenden Denkmalfördermittel von Bund, Ländern und Kommunen, die notwendige Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sowie die reduzierten Handlungsmöglichkeiten der Denkmalämter. Angesichts des öffentlichen Diskurses zu Denkmalschutz und -pflege müssen Städte und Gemeinden ihren Standort und damit auch ihre Aktivitäten, Instrumente und Maßnahmen überdenken.

Bereits 1985 evaluierte das Difu – unterstützt durch den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen – denkmalpflegerische Maßnahmen der Kommunen. Dieser empirischen Studie folgten keine weiteren Untersuchungen. Nach nunmehr 20 Jahren ist eine erneute Evaluierung der Leistungen der Kommunen in der Denkmalpflege angebracht.

Die neue Erhebung soll herausfinden, ob sich die kommunale Denkmalpflege (hinsichtlich Organisation, Personal, Aufgaben, finanzieller Leistungen, Kooperation mit anderen Denkmalverwaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung durch Stiftungen und Vereine, Instrumente und denkmalpflegerischer Maßnahmen) gewandelt hat und welche Konsequenzen und Folgerungen sich aus der erneuten Bestandsaufnahme der Strategien, Maßnahmen und Aktivitäten im Jahre 2005 für die Abgrenzung der Aufgaben von Staat und Kommunen in diesem Bereich und für kommunale Denkmalpflege und Kommunalpolitik generell ergeben.

Im Vordergrund stehen dabei:

- organisatorische Einbindung (Bau- und Bodendenkmalpflege),
- Personal,
- technische Ausstattung,

- Aufgabenwahrnehmung in Denkmalschutz und Denkmalpflege (Unterschutstellung: Denkmäler, Denkmalbereiche/Ensembles, Bodendenkmäler/Fundstellen; Verwaltungsverfahren),
- Fortbildung,
- Mittel für die Denkmalförderung,
- Service- und Dienstleistung,
- Zusammenarbeit mit anderen Denkmalverwaltungen,
- Denkmalvermittlung und Öffentlichkeitsarbeit sowie
- Denkmalverwaltung und Bürgergesellschaft (ehrenamtliche Beauftragte und Mitarbeiter, örtliche Stiftungen, Unterstützung durch Vereine und Mäzene).

Von Interesse sind auch Angaben zum Bestand der Baudenkmäler (Alter, Lage des Baubestandes, Probleme der Erhaltung und Nutzung).

Die Untersuchung soll dazu beitragen, einen Überblick über Stand und Standard der Denkmalpflege in den Städten und Gemeinden zu geben sowie die Effizienz der denkmalpflegerischen Aktivitäten in den Kommunen zu steigern. Auch sollen Nutzen und Gewinn kommunaler Denkmalpflege für die Erhaltung der historischen Bausubstanz und Grundstruktur Entscheidungsträgern in den Kommunen, Ländern und dem Bund nahe gebracht werden. Die Ergebnisse des Projekts vermitteln den Städten Grundlagen, Leitlinien und Orientierung in der Diskussion um Denkmalschutz und -pflege.

## Methodische Bausteine

Mit Hilfe einer standardisierten schriftlichen Befragung aller Unteren Denkmalbehörden in NRW und einer Befragung der Unteren Denkmalbehörden in kreisfreien und kreisangehörigen Städten in den anderen Bundesländern werden quantitative Angaben zur Situation der Denkmalpflege in den Kommunen eruiert. Aus den Experteninterviews in den Städten und Landesämtern für Denkmalpflege sollen qualitative Aussagen im Hinblick auf Einstellungen und Bewertungen gewonnen und die Ergebnisse der Umfragen erhärtet werden.

Die Untersuchung wird im September 2005 gestartet und im Frühjahr 2007 abgeschlossen. Fördermittel für das Projekt sind willkommen.

## Weitere Informationen

Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter  
Telefon: 0221/340308-11  
E-Mail: echter@difu.de

# Feinstaubreduzierung in Städten

## Difu startet neues Forschungsprojekt

Die seit Anfang 2005 gültigen EU-Luftqualitätswerte für Feinstaub stellen erhebliche Anforderungen an die Luftreinhaltung in den Städten. Der Autoverkehr ist in besonderem Maße Verursacher dieser Belastungen. Auch wenn die Reduzierung von Luftschadstoffemissionen zunächst an der Quelle, der Fahrzeugtechnik ansetzen muss, bleibt für die Kommunen ein erheblicher Handlungsbedarf. Wie aktuelle Erhebungen zur Mobilität in Deutschland zeigen, ist der Zuwachs des motorisierten Individualverkehrs unverändert hoch, trotz erheblicher Investitionen in den ÖPNV. Dabei verursachen an vielen Orten Lastkraftwagen den Großteil der Luftverschmutzung: in Berlin beispielsweise zwei Drittel.

Aus Sicht der Umweltpolitik sind weitere und wirksame verkehrspolitische Steuerungsinstrumente erforderlich. Konkret geht es um Verkehrssperrungen, Zugangsbeschränkungen zu den Innenstädten, LKW-Führungskonzepte, die Förderung des ÖPNV und – langfristig – um eine andere Standortplanung. Dabei wird jeweils nachzuweisen sein, durch welche Maßnahmen eine Verbesserung der städtischen Luftbelastung wirklich zu erreichen ist. Kontraproduktive Effekte einseitiger, nur auf Luftreinhaltungsziele optimierter Konzepte – zum Beispiel nur auf die Lärmbelastung – sind zu vermeiden. Auch Fragen nach den Nebenwirkungen auf den innerstädtischen Einzelhandel oder der Tauglichkeit vorgeschlagener Konzepte vor dem Hintergrund interkommunaler Konkurrenz muss nachgegangen werden.

Wirkung von Preisen auf das Verkehrsaufkommen ein besonderer Untersuchungsschwerpunkt sein.

Folgende Untersuchungsschwerpunkte sind geplant:

- Bildung von Typen der Luftbelastungssituation: LKW-dominant, Dominanz bestimmter Stadtgebiete, Straßenabschnitte, flächendeckende Belastung (Basis: Sekundäranalyse von kommunalen Luftreinhalteplänen).
- Bildung von Stadttypen nach der Lage: Solitär mit hoher Zentralität, mehrpolige Regionalstruktur.
- Bildung von Nachfragegruppen von Verkehrsleistungen, für die aufgrund der Luftbelastungen besonderer Handlungsbedarf besteht.
- Einschätzung der Praktikabilität, Durchsetzbarkeit und der rechtlichen Risiken ausgewählter Maßnahmen der Verkehrssteuerung für Ziele der Luftreinhaltung.
- Zusammenstellung von Pro- und Contra-Argumenten ausgewählter verkehrssteuernder Maßnahmebereiche aus unterschiedlicher fachpolitischer Sicht.

Parallel zur Erarbeitung der Difu-Pilotstudie werden Experteninterviews in Städten mit hohem Handlungsdruck oder mit Best-Practice durchgeführt.

Vom 8. bis 10. Mai 2006 soll auf der Basis der Projektergebnisse ein Difu-Seminar „Feinstaub in der Stadt. Was taugen verkehrspolitische Steuerungsinstrumente?“ angeboten werden.

### Weitere Informationen

Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock

Telefon: 030/39001-252

E-Mail: lehmbrock@difu.de

In einem Pilotprojekt soll der aktuelle Forschungsstand zur Reduzierung der durch Kfz-Verkehr verursachten Luftbelastung aufgearbeitet werden. Mögliche Themen sind dabei Maßnahmen zur Steuerung der Verkehrsnachfrage und die Grenzen einer extensiven Anwendung kommunaler verkehrspolitischer Maßnahmen. Dabei sollen neben der Einschätzung möglicher Umweltwirkungen besonders auch die Einsatzbereiche und die Tauglichkeit solcher Maßnahmen für unterschiedliche räumliche Situationen (Solitärstadt, dezentrale Regionalstruktur, Innenstadt, Hot-Spots mit unterschiedlichem städtischem Umfeld) beachtet werden. Wegen der sich immer weiter ausdifferenzierenden Verkehrsnachfrage wird die

# Difu-Fortbildungsprogramm 2006

## Neue Themen – Dauerthemen – Themenvielfalt



Mit dem Veranstaltungsprogramm für 2006 greift das Difu eine Reihe neuer Themen auf, die von akuteller Resonanz sind und sicher auf absehbare Zeit die Diskussionen in den Städten und Gemeinden bestimmen werden.

- Der gesamte Bereich der Kommunalwirtschaft ist nicht zuletzt durch die EU-Aktivitäten in Bewegung geraten.

- Beteiligungsmanagement in Kommunen führt zu Kontroversen und Entscheidungsdruck, da insbesondere die politisch-strategische Steuerung zunehmend komplexer Strukturen immer schwieriger wird.

- Kommunale Investitionen, Beschaffung und Vergaberecht und dessen Neuregelung sind für die Städte schon unter finanziellen Gesichtspunkten von großer Bedeutung.

- Die Umsetzung von Hartz IV ist inzwischen ebenfalls ein Dauerthema, ohne dass sichere Verfahrensstrukturen geschaffen worden sind. Unklar ist auch, welche neuen Entwicklungen zu einer weiteren Verunsicherung führen.

- Die Luftreinhaltepolitik von EU, Bund, Ländern und Kommunen hat vor dem aktuellen Hintergrund der Überschreitung von Feinstaub-Grenzwerten in einigen Städten zu Diskussionen grundsätzlicher Art auch über verkehrspolitische Steuerungsinstrumente geführt.

- Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung und dem zunehmenden interkommunalen Standortwettbewerb wird in den Städten immer häufiger das Thema Qualitätssicherung im Städtebau Gegenstand stadtpolitischer Auseinandersetzungen. Unter dem „Dach“ „Baukultur“ wird in vielen Städten eine anspruchsvolle städtebauliche Bestandsentwicklung betrieben.

- Die Integrationspolitik der Kommunen erhält vor dem Hintergrund der Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes auch finanzpolitischen „Sprengstoff“, da vielfach ungeklärt ist, wer die Kosten für die Integration tragen soll.

Zu wichtigen „Dauerthemen“, die nach wie vor für die Kommunen von großer Bedeutung sind und bei denen ein permanenter Anpassungsdruck aufgrund neuer Erkenntnisse oder veränderter Rechtslagen besteht, führt das Difu 2006 weitere Veranstaltungen durch. Dazu zählen unter anderem:

- Einzelhandel
- Kommunale Wirtschaftsförderung
- Städtebau- und Planungsrecht
- Stadterneuerung
- Verwaltungsmodernisierung
- Kommunale Korruptions- und Kriminalprävention.

Das Themenfeld „Jugend und Jugendhilfe“ wird schwerpunktmäßig durch mehrere Fachtagungen der „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“ – AFJ des Vereins für Kommunalwissenschaften abgedeckt; hierzu werden eigene Programme erstellt, die im Internet unter [www.vfk.de](http://www.vfk.de) zu finden sind.

Durch schnelleres Reagieren auf aktuelle Problemlagen in den Kommunen, aber auch mit höherer Flexibilität durch regionale Veranstaltungsangebote, kann das Difu zwar nicht allen, jedoch vielen Wünschen gerecht werden. So sind es nicht zuletzt die Städte und Gemeinden, welche die Themen des Difu-Fortbildungsprogramms bestimmen.

Der folgende Überblick enthält alle nach bisherigem Stand geplante Veranstaltungen für 2006. Hinzu kommen Themenangebote für Inhouse-Veranstaltungen für Difu-Zuwanderstädte:

### In folgenden Seminaren sind noch einige freie Plätze vorhanden:

#### Umweltprüfung in der Bauleitplanung

24. – 26.10.2005 in Berlin  
<http://www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php3?id=653>

#### Migrantenunternehmen und lokale wirtschaftliche Entwicklung

28. – 30.11.2005 in Berlin

<http://www.difu.de/seminare/difu-seminare-anzeige.php3?id=656>

#### Weitere Informationen

Ina Kaube  
Telefon: 030/39001-148  
E-Mail: [kaube@difu.de](mailto:kaube@difu.de)  
<http://www.difu.de>

### **Monitoring in der Bauleitplanung Wege zur praxisgerechten Umsetzung**

Fachtagung in Kooperation mit dem  
Ministerium für Bauen und Verkehr NRW;  
Februar 2006, Düsseldorf

### **Stand und Perspektiven der Verwaltungsmodernisierung**

Seminar vom 20.–22.2.2006, Berlin

### **Einkaufszentrum – Stärkung oder Schwächung der Innenstädte?**

Fachtagung vom 15.–16.3.2006, Bochum

### **Kulturelle Kinder- und Jugendbildung – eine Neuorientierung?**

Seminar in Kooperation mit dem Deutschen  
Städtetag (DST), 27.–29.3.2006, Berlin

### **11. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten**

Kongress der Stadt Bremerhaven zusammen  
mit dem Difu in Kooperation mit dem Ar-  
beitskreis „Energieeinsparung“ des DST, dem  
DST, dem DStGB sowie dem DLT vom  
3.– 4.4.2006, Bremerhaven

### **Steuerung von Beteiligungen – Inhalte, Akteure, Organisation**

Seminar vom 5.–7.4.2006, Berlin

### **Bauleitplanung & Internet**

Seminar vom 24.–26.4.2006, Berlin

### **Feinstaub in der Stadt: Was taugen verkehrspolitische Steuerungs- instrumente?**

Seminar vom 8.–10.5.2006, Berlin

### **Hartz IV – eine Reform im Umset- zungsprozess**

Seminar vom 15.–17.5.2006, Berlin

### **Erobert die Natur die Stadt zurück? Freiraumentwicklung in Stadt und Region im Zeichen von Regionalparks, Siedlungsrückbau und Brachflächen**

Fachtagung in Kooperation mit Stadt und  
Planungsverband Frankfurt, Dachgesell-  
schaft Regionalpark RheinMain, vom  
7.–8.6.2006, Frankfurt/Main

### **Gartenschauen Konzepte – Erfahrungen – Perspek- tiven**

Fachtagung im September 2006

### **Qualitätssicherung im Städtebau – „Baukultur“ als kommunales Handlungsfeld**

Seminar vom 13.–15.9.2006, Berlin

### **Kommunale Wirtschaftsförderung: Wachsende Anforderungen – schwindende Spielräume**

Seminar vom 25.–27.9.2006, Berlin

### **Das neue Vergaberecht – Kommunale Strategien bei Beschaffung und Investitionen**

Seminar vom 16.–18.10.2006, Berlin

### **Korruptionsbekämpfung in der Kommunalverwaltung**

Seminar vom 25.–27.10.2006, Berlin

### **Integrationspolitik der Kommunen – Zuwanderer in der Stadt**

Seminar vom 13.–15.11.2006, Berlin

### **Kids und Straßenverkehr – Raum für eine kinderfreundliche Verkehrspolitik**

Seminar vom 22.–24.11.2006, Berlin

### **Kommunale Ordnungsdienste – Sauberkeit, Ordnung und Sicher- heit in der Stadt**

Seminar vom 4.–6.12.2006, Berlin

### **Strategische Umweltprüfung in der Fachplanung**

Seminar, Köln 2006

### **Inhouse-Veranstaltungen**

Das Difu bietet über sein allgemeines Semi-  
nar- und Fachtagungsangebot hinaus exklu-  
siv für seine Zuwerderstädte in 2006 eine  
Reihe von Inhouse-Veranstaltungen an, die  
zu den für Difu-Zuwerderstädte geltenden  
Sonderkonditionen durchgeführt werden.  
Die inhaltliche Ausgestaltung der Veranstal-  
tungen wird in enger Absprache mit der je-  
weiligen Stadt erarbeitet. Folgende Themen  
werden angeboten (auf Anfrage sind weitere  
Themen möglich):

- Fragen zur Einzelhandelsentwicklung  
in den Städten
- Demografischer Wandel und Stadtent-  
wicklung
- Haushaltskonsolidierung
- Wohnraumversorgungskonzepte

Das Seminar- und Tagungsprogramm des  
Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ver-  
mittelt einen Überblick über das Gesamtpro-  
gramm für das Jahr 2006. Im Einzelfall kann  
es aufgrund aktueller Erfordernisse zu Ver-  
schiebungen und zusätzlichen Veranstaltun-  
gen kommen.

### **Weitere Informationen:**

Organisationssekretariat:  
Bettina Leute  
Telefon: 030/39001-258  
E-Mail: leute@difu.de

Rosa Hackenberg  
Telefon: 030/39001-259  
E-Mail: hackenberg@difu.de

Telefax: 030/39001-268

<http://www.difu.de>

[http://www.difu.de/seminare/  
seminarliste.phtml](http://www.difu.de/seminare/seminarliste.phtml)

### **Terminhinweis**

**Fachtagung „Europäischer  
Nahverkehr – Planung,  
Organisation, Finanzierung“**  
Berlin, 12.–14.12.2005

### **Veranstalter**

Deutsches Institut für  
Urbanistik, in Kooperation mit  
dem Deutschen Städtetag  
und der Deutschen Akademie  
für Verkehrswissenschaft,  
Hamburg

### **Ansprechpartner**

Dipl.-Ing. Volker Eichmann  
Telefon: 030/39001-244  
E-Mail: eichmann@difu.de

Doris Becker  
Telefon: 030/39001-264  
E-Mail: d.becker@difu.de

# Deutscher Städtetag feierte seinen 100. Geburtstag in Berlin



Bundespräsident Horst Köhler

Zum Auftakt der Hauptversammlung am 31. Mai 2005 in seiner Gründungsstadt Berlin unterstrich der Deutsche Städtetag (DST) die Rolle der Städte für eine Modernisierung und Weiterentwicklung Deutschlands und Europas. So sei die Bedeutung der Städte für die demokratischen Grundwerte, für die gesellschaftlichen Entwicklungen, für den wirtschaftlichen Fortschritt, für Bildung und Kultur weitaus größer als der politische Stellenwert, der ihnen zugewilligt werde, betonte die Präsidentin des DST, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth. Trotz, vielleicht aber auch wegen der massiven Probleme in den Städten zeichne sich Stadtpolitik durch Kreativität, Innovations- und Modernisierungsfähigkeit aus.

Während der Hauptversammlung sprachen am 1. Juni nach der Begrüßung der 1800 Delegierten und Gäste im Neuköllner Estrel-Hotel durch den Gastgeber, den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth und Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus. Mit Berlin, wo der Städtetag vor 100 Jahren gegründet wurde, ist der DST eng verbunden. Mehr als 40 Jahre lang waren Berlins Stadtoberhäupter Präsidenten des Städtetages, zuletzt Willy Brandt bis zum Jahr 1966.

Die Hauptversammlung begann mit Sitzungen der Führungsgremien des kommunalen Spitzenverbandes, der 5500 Städte und Ge-

meinden mit 51 Millionen Einwohnern repräsentiert. Der Vizepräsident des DST, Hannovers Oberbürgermeister Dr. Herbert Schmalstieg, kritisierte die strukturelle Benachteiligung der Städte gegenüber Bund und Ländern, die es zu beseitigen gelte. Insgesamt habe sich in der 100jährigen Geschichte des DST die Auseinandersetzung um eine angemessene Finanzausstattung wie ein roter Faden durchgezogen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere aber auch im Vergleich zu den europäischen Nachbarländern sei es gelungen, die kommunale Selbstverwaltung auf einem hohen Niveau zu halten.

Neben dem Festakt zum 100. Geburtstag mit Bundespräsident Horst Köhler im Konzerthaus am Gendarmenmarkt und einem Auftritt von Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde die Hauptversammlung von Sacharbeit in sieben Fachforen geprägt. Dabei ging es um Strategien für neue Formen von Kooperation und Arbeitsteilung zur Modernisierung öffentlicher Dienstleistungssysteme etwa im Bereich der Bildung oder der Hilfen für Langzeitarbeitslose. Durch neue Formen einer Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen Kommunen untereinander, zwischen Kommunen und Wirtschaft und zwischen Kommunen, Bund und Ländern soll Potenzial erschlossen werden, um die Qualität öffentlicher Dienstleistungssysteme zu sichern und zu verbessern.



Der neue DST-Präsident Christian Ude



Auch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) war während der Hauptversammlung präsent: So informierten sich viele der Delegierten ausführlich am Difu-Ausstellungsstand über die aktuellen Arbeitsergebnisse des Instituts, knüpften Kontakte oder versorgten sich mit Informationsmaterial zu kommunalrelevanten Themen.

Am Schlußtag der 33. Hauptversammlung wählten die Delegierten den Münchner Oberbürgermeister Christian Ude zum neuen Präsidenten des kommunalen Spitzenverbandes. Er tritt die Nachfolge von Petra Roth an, die zur Vizepräsidentin gewählt wurde.

Drei Kernforderungen haben die deutschen Städte zum Abschluss der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin erhoben: Eine Gemeindefinanzreform soll die strukturellen Finanzprobleme der Städte an der Wurzel bekämpfen. Eine Föderalismusreform soll um substantielle Rechte der Kommunen gegenüber Bund und Ländern in Gesetzgebungsverfahren ergänzt werden, damit sie sich wirksam zur Wehr setzen können. Neue Formen der Kooperation und Ar-



Das Präsidium des Deutschen Städtetages, 31.5.2005

beitteilung zwischen Bund, Ländern und Städten sollen die öffentlichen Dienstleistungssysteme sanieren und modernisieren helfen. Dazu wurde nach Beratungen in sieben Fachforen ein Thesenpapier verabschiedet. Zum Abschluss der Hauptversammlung nutzten rund 200 Delegierte und Gäste das Angebot der Besichtigung des Ernst-Reuter-Hauses. Jens Lattmann, Beigeordneter des DST, begrüßte die Gäste und Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Heinrich Mäding informierte über die wechselvolle Geschichte des Hauses.

#### Weitere Informationen finden Sie unter

<http://www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/00007/index.html>

## Besucherzuwachs bei der Langen Nacht der Wissenschaften

Zwanzig Prozent mehr Interessierte besuchten bei der diesjährigen „Langen Nacht der Wissenschaften“ das Deutsche Institut für Urbanistik im Berliner Ernst-Reuter-Haus und machten damit auch die zweite Teilnahme des Instituts zu einem vollen Erfolg. Erneut wurde bis in die frühen Morgenstunden referiert, lebhaft diskutiert und das kulturelle Angebot genossen. Mit von der Partie war auch in diesem Jahr wieder die im selben Haus ansässige Senatsbibliothek Berlin.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu boten den Besuchern ein breit gefächertes Programm: Kurzvorträge und Online-Präsentationen zu verschiedenen Themen rund um die Stadt, Fotopräsentationen, Kurzfilme über das Leben in urbanen Lebensräumen bis hin zur „Stadtrallye für Jung und Junggebliebene mit Diplom“. Auch die kleinen Stadtbewohner kamen auf ihre Kosten: Sie demonstrierten im Rahmen eines Malwettbewerbs unter dem Motto „Wie und wo möchte ich wohnen?“, wie sie sich das Leben in der Stadt vorstellen und ließen anschließend Ballons um die Wette fliegen.

Die Kurzvorträge zu sechs aktuellen „Stadtthemen“ sorgten im Laufe des Abends für reichlich Diskussionsstoff, was nicht verwunderte, bei Themen, über die sich fast jeder Gedanken macht:

- Welche Auswirkungen hat der Bevölkerungsrückgang auf die Städte? (Prof. Dr. Heinrich Mäding)
- Multi-Kulti, Parallelgesellschaften oder was? Wie integrationsfähig ist die Stadt? (Dr. Bettina Reimann)
- Was tun mit freien Flächen in der Stadt? (Luise Preisler-Holl)
- Warum nicht in der Innenstadt wohnen? (Hasso Brühl)
- Kulturpolitik für wen? (Dr. Albrecht Göschel)
- Nummernschild, Ausweis, Geburtsurkunde – demnächst nur noch online? (Holger Floeting)

Zwei weitere Themen wurden anhand von Online-Präsentationen und plastischen „Offline-Beispielen“ demonstriert:





- Warum müssen Städte fahrradfreundlich werden?
- Was ist eigentlich ein virtuelles Rathaus?

Auf Interesse stießen auch wieder die Architekturführungen durch das Ernst-Reuter-Haus, die über die langjährige wechselvolle Geschichte des historischen Gebäudes informierten.

Auch in diesem Jahr gab es wieder „Difu-Kino“ bei der Langen Nacht. Diesmal wurden in Kooperation mit dem Kreuzberg Museum drei Dokumentarfilme gezeigt:

- „Schade, dass Beton nicht brennt“
- „...was man so sein eigen nennt. Der Mauergarten und andere Grenzfälle“
- „10 Jahre Sanierung – Friedrichshain 2004“

Als neues Angebot wurden in Kooperation mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin Führungen auf das gerade im Restaurierungsprozess befindliche Charlottenburger Tor angeboten. Zudem konnten die Besucher selbst Gipsabdrücke vom Charlottenburger Tor erstellen. Anhand einer Laservorführung in der Dunkelkammer wurden die Sanierungstechniken demonstriert.

Über Kultur wurde an dem Abend nicht nur geredet, sie wurde auch genossen: „The Pauls“, die Bigband der Paul Natorp-Oberschule aus Berlin-Schöneberg sorgte unter dem Motto von „Hit the road, Jack“ bis „Tequila“ für Stimmung, so dass an dem Abend nicht nur diskutiert, sondern auch getanzt wurde.

Die Senatsbibliothek sorgte für weitere Highlights im Ernst-Reuter-Haus. Sie öffnete auch nachts ihr komplettes Serviceangebot, ermöglichte einen Besuch in der Werkstatt des Hausbuchbinders, digitale Einblicke in die Berliner Adressbücher von 1799-1943 und ließ die nächtliche Bibliotheksnutzung mit Live-Musik des „Six4Jazz Quartett“ untermalen.

Insgesamt verdeutlichte die Veranstaltung das große Interesse vieler Bürgerinnen und Bürger an der städtischen Entwicklung und urbanen Themen allgemein.

Fotos und allgemeine Impressionen dieses gelungenen Abends, wie auch die Ergebnisse des Städtequiz und des Kindermalwettbewerbs, sind im Internet nachzulesen unter <http://www.difu.de/presse/051028/>.

**Weitere Informationen:**

Sybille Wenke-Thiem  
 Telefon: 030/39001-209  
 E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)  
<http://www.difu.de>

# Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 2005

Hervorragende wissenschaftliche Arbeiten gesucht!

Die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise zur Förderung der Kommunalwissenschaften vergibt – gemeinsam mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung – für das Jahr 2005 Prämien für hervorragende Abhandlungen, insbesondere Dissertationen, aus folgenden Disziplinen:

- Kommunalpolitik und -verwaltung, Kommunalrecht (Carl-Goerdeler-Preis)
- Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte
- Kommunalwirtschaft, Daseinsvorsorge, Kommunalfinanzen
- Räumliche Planung, Stadtbauwesen, Bau- und Planungsrecht.

Die Ausschreibung wendet sich an Studierende, Doktorandinnen und Doktoranden, Absolventinnen und Absolventen, Assistentinnen und Assistenten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universitäten und Hochschulen und ruft sie auf, sich mit Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen der genannten Gebiete zu beteiligen. Der Gesamtbetrag für die Ausschreibung 2005 wurde festgesetzt auf

**8000,- Euro.**

Prämiert werden deutschsprachige Abhandlungen, die kommunalwissenschaftlich von besonderem Wert sind und der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse vermitteln. Letzter Abgabetermin ist der 31. Januar 2006 (Poststempel). Die Preisträger erhalten eine Urkunde und ihre Namen werden in den Zeitschriften der kommunalen Spitzenverbände veröffentlicht.

## Was ist bei der Prämien- Ausschreibung 2005 zu beachten?

Soweit es sich um Dissertationen handelt, muss das Promotionsverfahren im Jahre 2005 mit der mündlichen Prüfung abgeschlossen worden sein. Neben zwei Exemplaren der Arbeit sind ein Lebenslauf des Bewerbers, ein Nachweis über den Abschluss der Prüfung, eine Kurzfassung der Arbeit (etwa 1/2 Schreibmaschinenseite) und (bei Dissertationen) ein schriftliches (verschlossenes) Urteil des Fachvertreters der Hochschule über den wissenschaftlichen Wert der Arbeit

beim Deutschen Institut für Urbanistik – Prämienausschreibung –, 10623 Berlin, Straße des 17. Juni 112, einzureichen. Ein Exemplar der Arbeit verbleibt zur Dokumentation beim Deutschen Institut für Urbanistik.

Diplom-, Magister-, Lizentiaten- und Staatsexamensarbeiten werden analog behandelt. Habilitationsschriften, auftragsgebundene Gutachten und Forschungsarbeiten sowie Abhandlungen, die nicht im Zusammenhang mit einem Prüfungsverfahren oder dem Erwerb eines akademischen Grades stehen, sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Die Prämierung erfolgt innerhalb der vier Disziplinen. In jeder soll ein Preis von 2000,- Euro vergeben werden. Der Preis kann auch zu gleichen oder gestaffelten Anteilen an mehrere Einsender vergeben werden. Wenn in einer Disziplin keine prämiierungswürdigen Arbeiten eingereicht werden, kann der frei werdende Betrag in einer anderen Disziplin oder für die Prämienvergabe des folgenden Jahres verwendet werden. Die Prämienvergabe ist bis Ende 2006 vorgesehen.

Die Begutachtung der eingereichten Arbeiten obliegt dem Deutschen Institut für Urbanistik, auf dessen Vorschlag ein satzungsgemäßes Gremium aus Vertretern des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. und der kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) sowie für Abteilung I zusätzlich die Carl und Anneliese Goerdeler Stiftung unter Ausschluss des Rechtsweges über die Prämierung entscheidet.

## Wettbewerb

### „Alkoholprävention vor Ort“: Vorbildliche Maßnahmen der Alkoholprävention gesucht

Alle deutschen Städte, Kreise und Gemeinden sowie Kommunalverbände und die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in den Stadtstaaten sind zur Teilnahme eingeladen. Auch Präventionsaktivitäten Dritter sind willkommen.

## Preisgeld

60 000 Euro (insgesamt)  
10 000 Euro zusätzlich von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherungen.

## Bewerbungsschluss

15. Dezember 2005

## Bewerbungsunterlagen und Informationen im Internet

<http://www.kommunalesuchtpraevention.de/>

## Auskünfte

Ina Kaube (Wettbewerbsbüro)  
Telefon: 030/39001-131  
Telefax: 030/39001-160  
E-Mail: [kaube@difu.de](mailto:kaube@difu.de)

## Weitere Informationen:

Deutsches Institut für  
Urbanistik  
– Prämienausschreibung –  
Regina Haschke  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin

Telefon: 030/39001-215  
Telefax: 030/39001-216  
E-Mail: [haschke@difu.de](mailto:haschke@difu.de)

# Zweiter Fachpolitischer Dialog zur Sozialen Stadt

## Ergebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung und Empfehlungen zum Ergebnistransfer



Mit der Veranstaltungsreihe „Fachpolitische Dialoge zur Sozialen Stadt“ eröffnete das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) im November 2003 die zweite Phase der Forschungsbegleitung zum Programm „Soziale Stadt“. Damit wurde eine Diskussionsplattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch geschaffen. Während auf dem „Ersten Fachpolitischen Dialog“ am 20. November 2003 die Ergebnisse der Programmbegleitung durch das Difu und der Untersuchungsansatz zur bundesweiten Zwischenevaluierung des Programms „Soziale Stadt“ durch das beauftragte Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (IfS) präsentiert wurden, standen auf dem „Zweiten Fachpolitischen Dialog“ am 14. Oktober 2004 die Ergebnisse dieser Zwischenevaluierung sowie die auf ihnen basierenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms und seiner Umsetzung im Mittelpunkt.

### Zwischenbilanz zum Programm Soziale Stadt

Bund und Länder haben 1999 die Städtebauförderung um das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (kurz: Soziale Stadt) ergänzt, um der sich verschärfenden sozialen und räumlichen Spaltung in Städten und Gemeinden gegenzusteuern. Mit diesem auf Partizipation, Integration und Kooperation angelegten Programm wird gegenwärtig in 363 Programmgebieten ein neuer Politikanalyse der Stadtteilentwicklung gefördert. Daran sind 252 Städte und Gemeinden beteiligt.

Zu den Besonderheiten des Programms gehört, dass von Beginn an in dem Leitfaden der Bauministerkonferenz (ARGEBAU) zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt die Evaluierung als fester Bestandteil der „Integrierten Handlungskonzepte“ etabliert wurde. Nach gut fünf Jahren der Programmumsetzung liegen nun nicht nur Evaluierungsergebnisse zur Sozialen Stadt auf Länderebene vor (in mehr als der Hälfte der Bundesländer: Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland), sondern auch die Er-

gebnisse der bundesweiten Zwischenevaluierung, die im Auftrag des BMVBW, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), vom IfS in den Jahren 2003/2004 erarbeitet wurde.

Ziel des BMVBW für diese „Zwischenbilanz“ war es, „dass ein unabhängiges Institut ‚mit dem Blick von außen‘ das Programm beurteilt, Hemmnisse der Programmumsetzung aufdeckt und uns Hinweise zur Optimierung gibt“ (Achim Großmann, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen). Dieses Verfahren wurde durch eine vom BMVBW berufene „Experten- und Steuerungsgruppe zur Zwischenevaluierung“, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern von Städten und Gemeinden, des Deutschen Städtetages, der für die Programmumsetzung zuständigen Bundes- und Länderressorts sowie der Wissenschaft, begleitet. Dies betraf sowohl Ausschreibung und Auswahl der Gutachter als auch die Diskussion des Untersuchungsansatzes, der Auswahl von Fallstädten und von Zwischenergebnissen.

Parallel zur Erarbeitung der Zwischenevaluierung – so der Parlamentarische Staatssekretär Achim Großmann – wurden bereits mehrere Impulse in Gang gesetzt, um das Programm „voranzubringen“:

- seine Verankerung neben dem Stadtbau im Baugesetzbuch, von der sich der Bund eine stärkere Unterstützung der Bündelung erhofft
- das Plädoyer für die Städtebauförderung als gesamtstaatliche Aufgabe im Rahmen der Föderalismusdebatte
- die Absicherung der Bundesfinanzhilfen für die Soziale Stadt in Höhe von jährlich rund 70 Mio. Euro bis zum Ende des ersten Jahrzehnts, von denen 0,2 Prozent für Forschungsbegleitung eingesetzt werden können.

### Ergebnistransfer im Rahmen des Zweiten Fachpolitischen Dialogs

Auf dem Zweiten Fachpolitischen Dialog ging es auf Basis der Evaluierungsergebnisse um Folgerungen und Empfehlungen für die

Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt und die Umsetzung der integrierten Stadtteilentwicklung. Diese Fragestellung stieß bei den etwa 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Akteure der Sozialen Stadt, Politik, Fachverbände und Fachöffentlichkeit) auf große Resonanz. Nach der Präsentation von Ergebnissen und Empfehlungen durch das IfS standen die Konsequenzen, die aus Sicht der zur Begleitung der Zwischenevaluierung eingerichteten Experten- und Steuerungsgruppe sowie von Bund, Ländern und Gemeinden, Politik und Fachöffentlichkeit aus den Evaluierungsergebnisse zu ziehen sind, im Mittelpunkt der Diskussion.

Als unmittelbare Folgeaktivitäten nach Abschluss der Zwischenevaluierung auf Bundes- und Landesebene kristallisierten sich folgende heraus:

- Die Länder verständigten sich mit dem Bund darauf, den Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt im Frühjahr 2005 auf Basis der vorliegenden Evaluierungsberichte zu aktualisieren und zu präzisieren. Dies betrifft unter anderem die stärkere Fokussierung einzelner Handlungsfelder (Schule und Bildung, Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Lokale Ökonomie), Erarbeitungshinweise für die Integrierten Entwicklungskonzepte (bisher „Integrierte Handlungskonzepte“), stärkere Betonung von Evaluierung und Monitoring sowie Forschungsbegleitung und Erfahrungsaustausch. Nach Abstimmung in der Projektgruppe Soziale Stadt der Bauministerkonferenz wird der neue Leitfaden unter [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de) abrufbar sein.
- Bund und Länder aktualisieren den Text zur Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung, in der jährlich inhaltliche und finanzielle Rahmenbedingungen der Städtebauförderung festgelegt werden. In die aktuelle VV Städtebauförderung 2005 wurde die „Integration von Migrantinnen und Migranten“ als Aufgabe der Sozialen Stadt explizit aufgenommen.

Das BMVBW unterstützt außerdem die Überlegungen in der Föderalismuskommission, Art. 104 a Abs. 4 Grundgesetz mit seinen engen Vorgaben zu reformieren, um eine Erweiterung der Bundesfinanzhilfen auf „investitionsfördernde Maßnahmen“ zu ermöglichen. Diese Anstrengungen sind mit dem Ende der Föderalismusdiskussion erst einmal auf Eis gelegt.

Appelle in der Diskussion richteten sich einerseits darauf, dass der vorhandene Gestaltungsrahmen des Programms Soziale Stadt besser genutzt werden sollte; hier wurde auf

länderspezifische Unterschiede in der Handhabung hingewiesen. Andererseits standen Überlegungen im Vordergrund, wie durch Anreize, Orientierungshilfen und Instrumente eine Optimierung der Programmumsetzung erreicht werden kann.

Als strategische Schlüsselthemen für die Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt zeichneten sich in der Diskussion Fragestellungen zu Ressortkooperation und Ressourcenbündelung, Integrierten Handlungskonzepten, Ansätzen zur Verstetigung sowie der Aufbau von sozialräumlichen Monitoringsystemen ab. Die vom IfS vorgetragene Forderung, bei den inhaltlichen Schwerpunkten der zukünftigen Programmumsetzung eine stärkere Konzentration auf die Handlungsfelder Bildung, Integration sowie Lokale Ökonomie und Beschäftigung zu legen, erfuhr große Unterstützung durch das Plenum.

### **Folgerungen für strategische Handlungsfelder**

#### **Ressortkooperation und Ressourcenbündelung**

Einvernehmen besteht darüber, dass die Integration der Ressortpolitiken auf allen Ebenen zwar als Kernstück des Programms Soziale Stadt gilt, sich aber in der Praxis noch als Achillesferse der Umsetzung erweist. Das Handeln quer zu den Ressortgrenzen kann noch verbessert werden. Offen bleibt in der Diskussion, wie und von wem Anreize zur intensiveren ressortübergreifenden Kooperation und Koordination geschaffen werden können. Bund und Länder sehen sich aber in der Verpflichtung, „bessere Rahmenbedingungen für die Bündelung auf kommunaler Ebene“ zu schaffen. Von mehreren Seiten wird der besondere Appell an den Bund gerichtet, hier „erneut einen politischen Impuls

Der zweite „Fachpolitische Dialog zur Sozialen Stadt“ diente als Diskussionsplattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch.





Das Programm Soziale Stadt soll weiterhin als „lernendes Programm“ verstanden werden.

zu setzen“ und das Programm stärker in den anderen Fachressorts des Bundes zu verankern.

Angesichts der gelungenen Kooperation mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in Sozialen Brennpunkten“/ E & C) wird die fehlende Kooperation mit anderen Fachressorts auf Bundesebene beklagt, vor allem eine fehlende Abstimmung mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

#### **Integrierte Handlungskonzepte**

Sowohl in den Ergebnissen der Zwischenevaluierung als auch in der Diskussion findet der integrierte Ansatz des Programms, wie er in den Integrierten Handlungskonzepten (im Baugesetzbuch: Integrierte Entwicklungskonzepte) zum Tragen kommt, breite Zustimmung und Bestätigung. Allerdings werden Defizite hinsichtlich einer konsistenten Strategieentwicklung, insbesondere der Ableitung, Formulierung und Operationalisierung der Ziele gesehen, die häufig zu abstrakt bleiben.

#### **Verstetigungskonzepte**

Übereinstimmung besteht darin, dass das explizite Ziel, der Aufbau von langfristig sich tragenden Strukturen, besondere Kraftanstrengungen und Zeit erfordert. Deshalb wird die frühzeitige Erarbeitung von Konzepten für die Verstetigung der erreichten Verbesserungen und den (phasenweisen) Abschluss der Förderung herausgestellt.

#### **Aufbau eines programm- und sozialraumbezogenen Monitoring**

Der Aufbau von Monitoringsystemen wird von vielen Seiten befürwortet, sollte aber stärker programmübergreifend (Soziale Stadt, Stadtumbau, traditionelle Städtebau-

förderung) organisiert sein, so dass Indikatoren-systeme allgemein nutzbar sind. Der Auf- und Ausbau von Monitoringsystemen in den Kommunen kann auch aus den Bundesfinanzhilfen finanziert werden. Betont wird weiter, dass es dabei sowohl um den Einsatz qualitativer als auch quantitativer Methoden zur Beobachtung von Entwicklungen und Programmfortschritten gehen muss.

#### **Soziale Stadt bleibt „Lernendes Programm“**

Vor dem Hintergrund der Komplexität des Programms und seines weitgehend experimentellen Charakters soll aus Sicht vor allem der Experten aus der Steuerungsgruppe das Programm weiterhin als „lernendes Programm“ verstanden werden. In diesen Zusammenhang gehören die Organisation des kontinuierlichen Erfahrungsaustauschs und Wissenstransfers auf Bundes- und Landesebene beispielsweise durch Transfer- und Servicestellen, die Unterstützung der Umsetzung durch Programmbegleitung und Begleitforschung sowie die Einrichtung von Begleitsystemen wie Evaluierung und Monitoring (inzwischen in den Leitfaden der ARGE-BAU aufgenommen).

#### **Akzentuierung zentraler Handlungsfelder**

##### **Schule und Bildung**

Unbestritten erweist sich die Bildungssituation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt häufig als dramatisch. Schulen gelten als Schlüsselinstitutionen in den Quartieren, als die Institutionen, mit denen eine soziale Isolierung von Kindern und Jugendlichen in eher demotivierenden Armutsmilieus durchbrochen werden kann. Es wird die Notwendigkeit bestätigt, dass in den benachteiligten Stadtteilen ein offensives gebietsbezogenes Bildungsmanagement aufgebaut werden muss. Dabei soll es stärker als bisher um eine integrierte Sozial-, Familien-, Jugend- und Bildungspolitik gehen. Die Übergänge von vorschulischer Betreuung, Schule und Beruf müssen mehr Beachtung finden und Schulen, Betriebe, Kinder- und Jugendhilfe sowie Quartiermanagement stärker in vernetzte Strukturen eingebettet werden.

Die Bundestransferstelle hat das Thema in der 16. Ausgabe der „Soziale Stadt Info“ (März 2005) aufgegriffen. Auch die Fachtagung zur Sozialen Stadt am 30. Mai in Berlin war dem Thema „Bildung im Stadtteil“ gewidmet. Diese Veranstaltung ist in Band 11 der „Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ dokumentiert (<http://www.soziale-stadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapier/band11/DF9723.pdf>). Ziel dieser Tagung war es, Strategien zur Bildungsförderung in

benachteiligten Stadtteilen zur Diskussion zu stellen, innovative Projekte zu präsentieren und eine stärkere Vernetzung zwischen integrierter Stadtteilentwicklung und Bildungsarbeit zu unterstützen.

### Integration von Migrantinnen und Migranten

Als „eine der ganz großen Zukunftsfragen für unsere Städte“ wird angesehen, inwieweit es gelingt, leistungsfähige Konzepte für die Integration von Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und zu realisieren. Dabei geht es vorrangig zunächst auch darum, sich über die Ziele einer Integrationspolitik in den Kommunen und Quartieren zu verständigen. Erschwert werden das Zusammenleben in den Stadtteilen und die Herausbildung einer intensiven Quartiersöffentlichkeit auch dadurch, dass sich die Einbindung von Haushalten mit Migrationshintergrund und Migrantinnenorganisationen als schwierig erweist. Eine „multikulturelle Stadtpolitik und Stadtpolitik“ erfordert Orientierungshilfen, Rahmenbedingungen und Instrumente von Bund und Ländern und könnte durch die Förderung von Modellvorhaben unterstützt werden.

### Lokale Ökonomie und Beschäftigung

Bisher ist es noch nicht ausreichend gelungen, die Wirtschaftsförderung zu einem relevanten Teil auf die kleineren lokalen Unternehmen umzulenken, die eine wichtige Bedeutung für die Stärkung der Quartiere haben. Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und auch die Arbeitsämter/jetzt Arbeitsagenturen waren und sind in die Strategien der Sozialen Stadt noch viel zu wenig eingebunden. Für das Handlungsfeld Lokale Ökonomie und Beschäftigung wird ein Schwerpunkt bei der Bestandssicherung der Unternehmen gesehen. Zudem erscheint es besonders wichtig, die Effekte der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) für die Situation in den Programmgebieten zu analysieren.

### Dauerhafte Absicherung integrativer Stadtteilentwicklung

Aus den Diskussionen des Zweiten Fachpolitischen Dialogs und aus den anschließenden öffentlichen Debatten (am 20. Januar 2005 Plenardebatte im Deutschen Bundestag zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Das Programm 'Soziale Stadt' weiterentwickeln und ausweiten“, am 13. April 2005 Anhörung vor dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestags zum Programm Soziale Stadt) wird deutlich, dass der integrative Ansatz des Programms als grundlegend angesehen, jedoch durchaus noch nicht von al-

len Beteiligten im notwendigen Maße getragen und befördert wird. Die Ausweitung von Förderbeständen über investive Maßnahmen hinaus wird von einigen Seiten eher skeptisch beurteilt. Vor allem aber gibt es großen Nachholbedarf dabei, in den Zuständigkeiten der maßgeblichen Fachressorts den sozialräumlichen Bezug zu verankern.

Das Programm genießt hohe Akzeptanz bei den Vor-Ort-Akteuren, bei beteiligten Städten und Gemeinden sowie breiten Teilen der Fachwelt, dennoch ist es insgesamt – auch in der relativ einschlägigen Fachöffentlichkeit – noch zu wenig präsent. Eine dauerhafte Sicherung des integrativen Stadtteilentwicklungsansatzes setzt deshalb voraus, dass in den Bemühungen um einen hohen Bekanntheitsgrad des Programms und seiner Wirkungen sowie Anstrengungen zur Koordination und Integration nicht nachgelassen wird.

Darüber hinaus erscheint es als unerlässlich, frühzeitig Gefährdungsfaktoren für die Umsetzung des Programms zu identifizieren. Dies gilt beispielsweise für die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte, die nicht nur die ressortübergreifende Koordination erschwert, sondern es zunehmend Städten und Gemeinden unmöglich macht, ihren Eigenanteil aufzubringen. Dazu gehört auch, Klarheit über das, was mit dem Programm geleistet werden kann, zu schaffen und es vor falschen Erwartungen zu schützen; gesamtgesellschaftliche Probleme sind nicht auf Quartiersebene und nicht allein mit dem Programm zu lösen – allenfalls können ihre Folgen für die Lebensverhältnisse in den Stadtteilen gemildert werden. Als gefährdet muss auch das Verständnis der Städtebauförderung als gemeinschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden gelten, wenn die „unbedingt zu erhaltende Mischfinanzierung“ (Experten-/Steuerungsgruppe zur Zwischenevaluierung) z.B. in der Föderalismuskommission zur Diskussion gestellt wurde. Den Ansatz integrativer Stadtteilentwicklung dauerhaft abzusichern, bedeutet kontinuierliche Bemühungen um verstärkte politische und gesellschaftliche Verankerung des Programms Soziale Stadt.



### Weitere Informationen:

Dr. Heidede Becker  
 Telefon: 030/39001-298  
 E-Mail: h.becker@difu.de

Internet:

<http://www.soziale-stadt.de>

<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/newsletter/>

<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/>

# Wann ist ein Hartz IV-Jugendlicher auch ein Jugendhilfe-Jugendlicher?

## Kommunikationsprobleme zwischen zwei Welten

Der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. veranstaltete am 2. und 3. Juni im Ernst-Reuter-Haus in Berlin einen Workshop zum Thema „Jugendhilfe + Hartz IV: Umsetzungsstand und Handlungsbedarf“, zu dem bundesweit zahlreiche Fachexperten aus der Jugendberufshilfe und kommunale Vertreterinnen und Vertreter eingeladen waren und der von Klaus Roth, dem Geschäftsführer der Start gGmbH Bernburg, moderiert wurde.

Inhaltliches Anliegen des Workshops war es, erste Erfahrungen zum Stand der Umsetzung von Hartz IV in der Jugendberufshilfe in den einzelnen Kommunen zu diskutieren, Probleme zu identifizieren und gemeinsam über mögliche Lösungsstrategien nachzudenken. Gleichzeitig sollte dieser erste Erfahrungsaustausch auch Basis für eine geplante bundesweite Fachtagung am 18. und 19. Januar 2006 in Berlin sein.

Den Auftakt des Workshops bildeten zwei Referate aus verschiedenen Perspektiven. Paul Fülbier, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit aus Bonn, sprach darüber, was Hartz IV für die Jugendsozialarbeit und die Jugendberufshilfe bedeutet und Manfred Busch, Freiberuflicher Rechtsberater für Rechtsangelegenheiten in der Jugendhilfe aus Celle, referierte aus der Sicht junger Benachteiligter.

Paul Fülbier verwies darauf, dass es momentan einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Jugendsozialarbeit gebe, da jungen Menschen mit dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) der Einstieg in das Berufsleben auf neue Weise ermöglicht werde. Er stellte insbesondere zwei Fragen zur Diskussion: Was wird im Zusammenhang mit Hartz IV aus der pädagogischen Grundüberzeugung, dass Freiwilligkeit besser als Zwang sei, und sollte nicht Ausbildung zuerst immer vor Arbeit(sgelegenheiten) stehen? Hier bestehe die Gefahr, dass für benachteiligte Jugendliche mit „einer Arbeitsgelegenheit nach der anderen“ ein prekärer Einstieg in das Berufsleben stattfinde, der keine qualitativ neuen und qualifizierenden Elemente beinhalte. Der bessere Weg sei eine passgenaue Vermittlung der Jugendlichen, eine Eingliederungsvereinbarung, eine Kompetenzanalyse, eine partizipative Entscheidung von Jugendlichen und Berater und entsprechende Qualifikationsmodule.

Fülbier referierte auch über die rechtlichen Handlungsgrundlagen und verwies dabei darauf, dass nach Prof. Dr. Dr. Reinhard Wiesner, Referatsleiter im Bundesjugendministerium, auch eine nachrangige Zuständigkeit der Jugendhilfe eine Zuständigkeit sei, die wahrgenommen werden müsste. Er fragte, ob die Jugendhilfe nun als „das bessere Arbeitsamt“ fungieren solle. Neu sei im Kontext des SGB II, dass benachteiligten Jugendlichen unverzüglich „etwas“ angeboten werden müsse. Das Fordern, nicht das Fördern, sei bisher sehr stark ausgeprägt. Dies sei für die Jugendsozialarbeit nicht hinnehmbar.

### Mögliche Kooperation trotz alledem?

Der Einmischungsauftrag der Jugendhilfe erhalte mit dem SGB II eine neue Dimension und die Einmischungsstrategie müsse unbedingt weiterentwickelt werden. Überlegungen hierzu seien, dass:

- das Fallmanagement alle Jugendlichen erreichen müsse,
- Sanktionen entschärft werden müssten,
- die Motivation der Jugendlichen eher eine intrinsische sein sollte,
- die Jobcenter spezielle Formen der Kontaktaufnahme entwickeln sollten und



- es flächendeckende Jugendkonferenzen (mit Beteiligung der Jugendhilfe) geben sollte.

Bei den Fachkräften der Bundesagentur für Arbeit bestehe erheblicher Fortbildungsbedarf für die Beratung der Jugendlichen. In der Praxis bliebe aber „sowieso“ meist keine Zeit für sozialpädagogisches Case Management. Die Frage sei, wie sich Jugendhilfe besser und effektiver in die Kompetenzagenturen einmischen kann und ob bisherige Kooperationsvereinbarungen zu unverbindlich sind. Eine strukturelle Kooperation mit neuen Verbindlichkeiten müsse hergestellt werden. Die Jugendsozialarbeit sollte auf ihrem „Spielfeld“ bleiben und das Jugendamt sich als Auftragnehmer der Jobcenter verstehen.

Manfred Busch hatte den Auftrag, aus der Sicht Betroffener zu referieren, und führte unter anderem aus, dass Hartz IV für Jugendliche unter 25 Jahren keine Chance, sondern eine gesetzlich vorgesehene Warteschleife sei, an deren Ende keine wesentlichen Verbesserungen für die betroffenen Jugendlichen zu erwarten seien. Die sechsmonatigen Eingliederungsvereinbarungen schafften neue Abhängigkeiten und bei der ersten Verfehlung der Jugendlichen erfolgten sofort Sanktionen für jeweils drei Monate, die nutzlos seien, wenn es sowieso keine Arbeit gebe.

Im Verlauf des Workshops stellten Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Kommunen und Beratungsorganisationen aus den Städten Krefeld, Leipzig, Berlin und Hamburg sowie den Landkreisen Goslar und Ludwigslust ihren Stand der Umsetzung und den weiteren Handlungsbedarf vor. Dies wird in der Dokumentation zum Workshop zeitnah und ausführlich nachzulesen sein. Ein großes Problem bei der Umsetzung von Hartz IV in den verschiedenen Kommunen sei, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften zum Teil erheblich über den vorab geschätzten Zahlen läge, was die Bearbeitung der Anträge und die Quote von Vermittler und Kunde ungünstig beeinflusse.

Lutz Wende, Dipl.-Soziologe aus Bonn, stellte am Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt „Jugendsozialarbeit im Wandel“ vor und fragte in diesem Zusammenhang, ob:

- paP (persönlicher Ansprechpartner) und FM (Fallmanager) nun die neuen Steuerungsinstanzen seien,
- für einen geteilten Integrationsprozess die entwickelten professionellen Standards noch Geltung hätten,

- ob die Trennung zwischen Case Management und Casework nicht ein organisationstheoretischer Fehler sei und
- bei Leistungsvereinbarungen mit Trägern, die ein standardisiertes Profiling durchführen, nicht vorher eine Kompetenzfeststellung erfolgen sollte.

Die Berufsberatung habe fachliche Kompetenz, würde nun aber zunehmend zurückgedrängt, da die ARGE diesen Bereich übernehme. Wie seien Jobcenter zu überzeugen, einen Hilfebedarf bei Jugendlichen anzuerkennen, damit sich die Jugendämter mit ihnen in Verbindung setzen können? Insbesondere die Schnittstellenproblematik wurde intensiv während dieser beiden Tage diskutiert und im Zusammenhang damit natürlich auch, wie Jugendliche vor einem „Zuständigkeitsloch“ bewahrt werden können. Dabei ging es um die nachfolgend genannten Aspekte:

- Ausgestaltung der Kooperation zwischen ARGE, Jugendamt und Agentur,
- die Einbindung der Jugendberufshilfe und der bestehenden Netzwerkstrukturen in das Gesamtsystem und das Zusammenwirken der Fachkräfte,
- die Rollenklärung öffentlicher und freier Jugendhilfe bei der Umsetzung und der Vereinbarung von Kooperationsbeziehungen zu den Trägern der Grundsicherung einschließlich institutioneller Strukturen (z.B. Beiräte),
- systematische Einbindung des Know-how der Jugend(berufs)hilfe in das Fallmanagement der ARGE und Optionskommunen,
- Dequalifizierung und Entpädagogisierung der Integrationsprozesse (benachteiligter) junger Menschen (Handlungsprogramme und Handlungsempfehlungen der Bundesagentur für Arbeit).

Im Mittelpunkt der geplanten Tagung im Januar 2006 werden deshalb insbesondere Zuständigkeits- und Rechtsfragen bei der Umsetzung von Hartz IV, die ARGE-Konstruktion, Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen sowie Fall- und Case Management inklusive Qualifizierung und Profiling stehen. Offen geblieben und dort dann auch zu diskutieren sind Fragen nach den Lebenslagen von Jugendlichen und dem Forschungsbedarf zur Hartz IV-Umsetzung. Wie können junge Menschen ihr Leben kompetenter gestalten, unter Bedingungen, in denen dauerhafte und qualifizierte Erwerbsarbeit als zentraler und existenzieller Bestandteil ihres Daseins immer ungewisser wird? Was bedeutet das für ihre Identitätsentwicklung in der Jugendphase als Orientierungs- und Selbstfindungsphase?

## Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte 2005/2006

Themenschwerpunkt:  
Stadt der Zukunft – Prognose und Planung

30.11.05  
Siedlung und Mobilität 2050  
Tilman Bracher, Difu  
Volker Eichmann, Difu

14.12.05  
PPP und kommunale Investitionen  
Dr. Busso Grabow, Difu  
Michael Reidenbach, Difu

25.1.06  
Stadtquartiere im Umbruch – Kommunale Planungspraxis quo vadis?  
Robert Sander, Difu  
Dr. Heidede Becker, Difu  
Prof. Dietrich Henckel, TU-Berlin

8.2.06  
Stadt 2030 – Ergebnisse und offene Fragen  
Dr. Albrecht Göschel, Difu

15.2.06  
Früherkennungs- und Kontrollsystem: Instrument für eine aktive Stadtentwicklungsplanung  
Dr. Silke Weidner, Universität Leipzig

22.2.06  
Stadtleben: Wohnen, Mobilität und Lebensstil  
PD Dr. Markus Hesse, FU Berlin

Ort:  
Deutsches Institut für Urbanistik  
Ernst-Reuter-Haus, Raum 22  
Straße des 17. Juni 112  
10623 Berlin  
S-Bahn: Tiergarten

Zeit:  
17.00 - 19.00 Uhr  
Eintritt kostenfrei

Weitere Informationen:  
Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
presse@difu.de

**Weitere Informationen:**  
Kerstin Landua  
Telefon: 030/39001-135  
E-Mail: landua@vfk.de

# Difu-Daten für internationale Datenbank www.urbadoc.com

Europaweites Datenbankangebot zu Stadt- und Regionalentwicklung online gestartet



Die Lösung städtischer Aufgaben erfordert in den verschiedenen Ländern – schon aufgrund verschiedener Gesetze – zwar häufig ein unterschiedliches Vorgehen, dennoch sind viele Aufgabenstellungen vergleichbar. Daher ist es hilfreich, das Vorgehen der „Nachbarn“ kennen zu lernen, gerade vor dem Hintergrund des immer intensiver betriebenen Zusammenwachsens Europas.

Anfang des Jahres startete das Difu gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien das neue Datenbankportal URBADOC, das im Internet unter <http://www.urbadoc.com> abzurufen ist. Es vereint die führenden Literaturdatenbanken Europas zu allen Aspekten der Stadt- und Regionalplanung.

Entsprechend den vielfältigen Bereichen der Stadt- und Regionalplanung sind viele Disziplinen/Themenbereiche in den Datenbanken repräsentiert: Regionalplanung und Raumordnung, Stadtentwicklung und Stadtplanung, Bauen und Wohnen, Verkehr, Umwelt und Natur, Wirtschaft, Ver- und Entsorgung, Verwaltung, Recht, Kommunalpolitik, kommunale Finanzen, Soziales und Kultur, Bevölkerung und Statistik.

URBADOC wird viermal jährlich aktualisiert. Ausgewertet werden Zeitschriftenartikel, Verlagsmonographien, Dissertationen und die „Graue Literatur“, also Forschungsberichte, Pläne, Gutachten und andere Materialien aus Städten.

In allen Datenbanken werden weitestmöglich – soweit die Urheber zugestimmt haben – auch Volltexte angeboten. Dieser Volltextservice soll weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus erleichtern enthaltene Bibliothekshinweise (mit Signatur) die Literaturschaffung.

URBADOC richtet sich vor allem an Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, die in Forschung und Lehre nationale und internationale Quellen recherchieren.

URBADOC-Abonnements können von einer 1-Benutzer-Lizenz bis zur Campus-Lizenz für eine Anzahl gleichzeitiger Nutzer vereinbart werden. Für Organisationen (Universitäten, Institute etc.) wird ein kostenloser Testzugang angeboten.

Land	Datenbank	Umfang/Referenzen	Produzent
Deutschland	ORLIS	ca. 270 000	Deutsches Institut für Urbanistik
Großbritannien	ACOMPLINE/ URBALINE	ca. 160 000	Greater London Authority
Italien	BIBLIODATA, DOCET, CNBA	ca. 75 000	Archinet, c/o Universität Venedig
Frankreich	URBAMET	ca. 215 000	Association Urbamet (Ministère de l'Équipement und IAURIF)
Spanien	URBATERR	ca. 100 000	Centro de Información y Documentación Científica (CINDOC)

## Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.  
Telefon: 030/39001-274  
E-Mail: [plagemann@difu.de](mailto:plagemann@difu.de)

# Volltexte im Web-Angebot des Difu

Neues aus dem Web-Angebot des Difu: [www.difu.de](http://www.difu.de)

**Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren**

<http://edoc.difu.de/orlis/DF9694.pdf>

**Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV**

netWORKS-Paper, Nr. 13, Berlin 2005, 96 S.

<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/DF9369.pdf>

**Naturale Aspekte sozial-ökologischer Regulation. Bericht aus dem Analysemodul „Ressourcenregulation“ im Verbundvorhaben netWORKS**

netWORKS-Paper, Nr. 14, Berlin 2005, 80 S.

<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/DF9164.pdf>

**Ansätze zur sozial-ökologischen Regulation der Ressource Wasser – neue Anforderungen an die Bewirtschaftung durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie und Privatisierungstendenzen**

netWORKS-Paper, Nr. 15, 2005. 106 S.,

<http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/DF9165.pdf>

**Zur Fachtagung „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“**

Online-Dokumentation mit ausgewählten Vorträgen

<http://www.difu.de/seminare/dokumente/lokale-agenda-21.shtml>

**German Journal of Urban Studies (2004), No. 2, Local e-government**

[http://www.difu.de/publikationen/dfk/en/04\\_2/welcome.shtml](http://www.difu.de/publikationen/dfk/en/04_2/welcome.shtml)

**Weitere Informationen:**

<http://www.difu.de>

<http://www.kommunalweb.de>

## Exklusiv für Zuwander

Neuigkeiten aus dem Difu-Extranet

**Kommunale Praxis gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21**

<http://www.difu.de/extranet/publikationen/ai/840.pdf>

**Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte**

<http://www.difu.de/extranet/publikationen/ai/822.pdf>

**Stadtmarketing – Bestandsaufnahme und Entwicklungstrends**

<http://www.difu.de/extranet/publikationen/ai/816.pdf>

**Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik**

<http://www.difu.de/extranet/publikationen/ai/804.pdf>

**Das Zuwanderungsgesetz – Neue Perspektiven für die Ausländerpolitik**

<http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/seminarbericht.phtml?id=88>

**Kommunale Ordnungsdienste. Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit in der Stadt.**

<http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/seminarbericht.phtml?id=91>

**Wettbewerb – Luftreinhaltung – Lärm-minderung.**

<http://www.difu.de/extranet/seminare/berichte/seminarbericht.phtml?id=93>

**Zuwanderer in der Stadt: Netzwerk Forschung & Praxis**

Vortragsfolien: <http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-reimann/>

**Von der Arbeitsmigration zur Selbständigkeit – Bedeutung der Migrantenökonomie als Integrationsfaktor.**

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-schuleri-migranten.phtml>

**Beratung von ExistenzgründerInnen und Betrieben**

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-schuleri-existenzgruender.phtml>

**Gesundheits- und bildungsbezogene Probleme und Potentiale benachteiligter Quartiere – stadtteilbezogene Strategien**

<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-gesundheit.phtml>

**Wir brauchen Kinder – also müssen wir etwas tun**

[http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-wir\\_brauchen\\_kinder.phtml](http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-wir_brauchen_kinder.phtml)

### Terminhinweis

Das nächste Ansprechpartnertreffen für Difu-Zuwander findet am 27. und 28. März 2006 in der Landeshauptstadt Stuttgart statt.

Weitere Informationen zum Treffen erhalten die Difu-Ansprechpartner im Oktober per Post bzw. E-Mail.

### Kontakt

Sybille Wenke-Thiem  
Telefon: 030/39001-209  
E-Mail: [wenke-thiem@difu.de](mailto:wenke-thiem@difu.de)

# Mediennachlese

## Das Difu in den Medien: Zitateauswahl aus On- und Offlinemedien

Schrumpfende oder wachsende Stadt, Multi-Kulti oder Parallelgesellschaft, Innenstadt oder Speckgürtel? Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) beantwortet bei „Langer Nacht der Wissenschaften“ in Berlin Fragen zur Stadt von morgen. ... **Arcguide, 13.6.05**

... Die Reize von „Suburbia“ verblassen. Das hat nicht zuletzt mit den volkswirtschaftlichen Kosten der Infrastruktur zu tun, die Autoren wie Heinrich Mäding, Professor am Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin (Difu), zu Recht als „verschwenderisch“ erscheinen. Je mehr aber an diesem „Luxus“ gespart wird, desto schneller verliert „Suburbia“ an Attraktivität. Der Rückzug aus der Fläche wird zum sich selbst verstärkenden Prozeß. ... **Welt am Sonntag 26.6.05**

Wer sich mit PPP-Projekten beschäftigt, kommt an einer älteren Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) nicht vorbei. Sie prognostizierte einen kommunalen Investitionsbedarf von knapp 690 Mrd. Euro für die Jahre 2000 bis 2009. Jetzt liegt die Zwischenbilanz vor – die Investitionslücke kann nicht mehr geschlossen werden. **Immobilien Zeitung, 30.6.05**

H. Becker analysiert in ihrer umfangreichen, reich bebilderten Studie ((Stadtbaukultur)) die Spannungsfelder und Konflikte der Stadtgestaltung ... Becker gelingt es, ihr Thema transparent aufzubereiten. Sie formuliert klar, auf den Punkt gebracht und ... verständlich. Neben stilistischer Klarheit bestechen die zwei Bände auch durch das reichhaltige Bildmaterial, die das Geschriebene unterstützen, anschaulich und lebendig werden lassen. ... Für alle, die ein waches Auge für Stadtgestaltung und Stadtentwicklung haben, sind die beiden Bände deshalb unbedingt lesenswert.

**GRIBS Kommunalrundbrief, Juni 2005**

... Was die neue Attraktivität der Innenstädte für größere Nutzergruppen ausmacht, das ist das Gegenbild zur Schlafstadt auf der grünen Wiese. Es ist die Stadt der kurzen Wege, der gemischten Funktionen, der Dichte und der unzähligen Wahlmöglichkeiten, die Stadt, für die die Leitvorstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) gilt: „Kompakt, urban, mobil“. **Die Welt, 28.7.2005**

... Mit Spannung werden die Ergebnisse einer deutschlandweiten und sektorenübergreifenden PPP Projektstudie erwartet, die das DIfU (Deutsches Institut für Urbanistik) in Zusammenarbeit mit der TU Berlin im Auftrag der PPP Task Force derzeit durchführt. ... **Behördenpiegel, 6.8.05**

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gibt seinen Newsletter Berichte in neuer Form heraus. Das im neuen Layout erschienenene Doppelheft ist nun nach Rubriken geordnet und greift viele aktuelle, kommunalrelevante Themen auf...

**Kommunalpolitische Blätter, 11.8.05**

Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zieht es immer mehr Deutsche zurück in innenstadtnahe Wohnquartiere. Nach jahrelangen Bevölkerungsverlusten nimmt die Zahl der Einwohner innenstadtnahe Quartiere der Studie zufolge in einigen Städten bereits wieder zu... **Immobilien Zeitung 9.9.05**

Infrastrukturprojekte in öffentlich-privater Partnerschaft (PPP) werden in Städten, Gemeinden und Kreisen immer häufiger als Alternative zur rein kommunalen Eigenstellung gesehen, zeigt eine vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums durchgeführte Bestandsaufnahme.

**Zeitung f. kommunale Wirtschaft, 10.9.05**

Das Häuschen im Grünen hat als Leitbild für das Wohnen bald ausgedient. ... Die Difu-Studie ist die erste Untersuchung, die die Rückkehr des Wohnens in die Innenstadt als generellen Trend ausmacht und beschreibt. Die „Renaissance der Stadt“ läutet damit eine neue Phase der Stadtentwicklung ein, bei der die Innenstadt eine besondere Aufmerksamkeit erfährt. **Die Welt, 13.9.05**

„Verkehrssystem und Raumstruktur – Neue Rahmenbedingungen für Effizienz und Nachhaltigkeit“ ist nicht unbedingt ein Titel, mit dem man in die Bestseller-Listen kommt. Beachtung verdient die neue Studie des difu aber trotz des sperrigen Titels allemal. Im Endeffekt geht es in dem Buch um den altbekannten Begriff „Stadt der kurzen Wege“; es geht also um vielseitig genutzte, belebte Städte und gegen Zersiedelung...

**mobilogisch! 9/05**

# Neuer Newsletter: Fahrradportal-News

Seit August kann der kostenlose Newsletter „Fahrradportal-News“ abonniert werden. Monatlich werden Nachrichten, Termine und Neuerscheinungen zum Fahrradverkehr und Hinweise auf neu eingerichtete Rubriken im Fahrradportal per E-Mail verschickt.

Die Mailingliste „Fahrradportal-News“ kann ab sofort abonniert werden unter <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/maillingliste/>.

Das Fahrradportal wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) betrieben.

Als Baustein des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) 2002-2012 soll das Portal die Chancen des Fahrradverkehrs im Rahmen einer integrierten Verkehrspolitik in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Verkehrssystem erschließen. Das Fahrradportal informiert über Termine, Neuigkeiten, Links, Literaturhinweise und Praxisbeispiele zur Förderung des Fahrradverkehrs als Teil einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung. Es unterstützt darüber hinaus die im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans tätigen Gremien, die mit einem Passwort Zugang zu einem internen Bereich haben.

## Difu-intern: Abschied nehmen

1973 bis Sommer 2005 – eine lange Zeit: Nach 32 Jahren am Difu hat **Dr. Paul von Kodolitsch** Ende Juni das Institut verlassen. Dabei war der Weg hin zum kommunalwissenschaftlichen „Urgestein“ nicht vorgezeichnet, denn seine 1973 abgeschlossene Dissertation hatte die Ostpolitik der Großen Koalition zum Thema. Zuvor hatte er Politische Wissenschaften, Öffentliches Recht und Neuere Geschichte an der Freien Universität studiert und dabei auch die wilden 60er Jahre am OSI, dem Otto-Suhr-Institut in Berlin, miterlebt.

Ins Ernst-Reuter-Haus kam er in der Phase des Übergangs vom Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum zum Difu. Bereits damals galt für die Mitarbeiter die Devise, praxisorientiert zu arbeiten. Hieran hat sich Paul von Kodolitsch immer orientiert, sowohl in der Forschung, als auch in der Fortbildungsarbeit. Zunächst gehörte er zu den „Grufos“, den Grundlagenforschern, anschließend zum Arbeitsbereich Recht, Wirtschaft und Finanzen. Im Herbst 1987 erfolgte ein Wechsel in den Arbeitsbereich Fortbildung, wo er auch langjährig als Koordinator tätig war. Von Kodolitsch deckte ein weites Themenspektrum ab. Zu erwähnen sind

unter anderem die Felder Rat und Verwaltung, Bürgerbeteiligung, Verwaltungsmodernisierung, Kriminalprävention und Korruption. Von 2001 bis zu seinem Ausscheiden war er auch verantwortlicher Redakteur der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK).

Mit seinem Weggang muss das Difu nicht nur auf einen „gestandenen“ Wissenschaftler verzichten. Im Kollegenkreis wird man auch seine immer freundliche Art vermissen, mit den Dingen des Lebens umzugehen, sein guter Rat zur rechten Zeit, auch einmal abseits urbaner Belange. Bleibt nur noch, ihm zu wünschen, dass noch viel Zeit dafür bleibt, sich nun dem zuzuwenden, für das in all den Jahren die Zeit gefehlt hat.



## Impressum

**berichte** – Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

### Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik  
Postfach 120321  
D-10593 Berlin  
<http://www.difu.de>

### Redaktion

Daniela Humcke (Praktikantin)  
Cornelia Schmidt  
Britta Siepmann (Praktikantin)  
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

### Layout + DTP

Elke Postler

### Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275  
E-Mail: [verlag@difu.de](mailto:verlag@difu.de)  
Telefon: 030/39001-253/-256

### Redaktionskontakt und Berichteverteiler

Difu-Pressestelle  
Telefon: 030/39001-208/-209  
Telefax: 030/39001-130  
E-Mail: [presse@difu.de](mailto:presse@difu.de)

### Online-Newsletter-Abo:

<http://www.difu.de/difu-news>

### Erscheinungsweise, Jahrgang, ISSN

vierteljährlich  
Jahrgang 31  
ISSN 1439-6343

### Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit wird darauf verzichtet, stets männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

### Druck

P & R Druck, Berlin.  
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller, holz- und chlorfrei.

### Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle.  
Belegexemplar/-Link an die Redaktionsanschrift erbeten.

## Bestellschein

Deutsches Institut für Urbanistik, Postfach 120321, D-10593 Berlin

Fax: 030/39001-275, Telefon: 030/39001-256 / -253

E-Mail: verlag@difu.de, Internet: <http://www.difu.de>Vorname und Name: Dienststelle/Institution: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift:  Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis **aller** lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei). Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei ca. zweimal im Monat).**Difu-Beiträge zur Stadtforschung****\_\_ Expl. Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?**

Von Hasso Brühl u.a.

2005. Bd. 41. 336 S., 29,- Euro, ISBN 3-88118-392-2

**\_\_ Expl. Verkehrssystem und Raumstruktur**

Neue Rahmenbedingungen für Effizienz und Nachhaltigkeit

Von Michael Lehmbrock u.a.

2005. Bd. 40. 408 S., 18 Abb., 39 Tab., 38,- Euro

ISBN 3-88118-390-6

**Materialien****\_\_ Expl. Soziale Aspekte des Flächenrecyclings in den Städten**

Dokumentation eines deutsch-amerikanischen Workshops

Hrsg. von Thomas Preuß u.a.

Bd. 9/2005. 262 S., Schutzgebühr 23,- Euro

ISBN 3-88118-397-3

**\_\_ Expl. Management gebietsbezogener integrativer Stadtteilentwicklung**

Ansätze in Kopenhagen und Wien im Vergleich zur Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in deutschen Städten

Von Thomas Franke und Wolf-Christian Strauss

Bd. 8/2005. Ca. 80 S., kostenlos

ISBN 3-88118-394-9 (In Vorbereitung)

**\_\_ Expl. Kommunale Abfallwirtschaft – Marktöffnung und sichere Entsorgung**

Hrsg. von Otto Huter und Gerd Kühn

Bd. 7/2005. 134 S., Schutzgebühr 18,- Euro

ISBN 3-88118-368-X

**\_\_ Expl. Verwaltungsmodernisierung in deutschen Kommunalverwaltungen – Eine Bestandsaufnahme**

Von Rüdiger Knipp u.a.

Bd. 6/2005. 180 S., Schutzgebühr 20,- Euro

ISBN 3-88118-367-1

**\_\_ Expl. Hauptprobleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2004**

Von Michael Bretschneider, Bd. 5/2005. 102 S.,

Schutzgebühr 18,- Euro, ISBN 3-88118-389-2

**Einzelveröffentlichung****\_\_ Expl. Public Private Partnership Projekte**

Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen

Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag der

PPP Task Force im BMVBW

2005. 84 S., 35 farb. Abb., 21 Tab.,

Schutzgebühr 12,90 Euro

ISBN 3-88118-400-7

**Arbeitshilfen****\_\_ Expl. Umweltfreundlicher, attraktiver und leistungsfähiger ÖPNV – ein Handbuch**

Von Volker Eichmann u.a.

2005. Ca. 340 S., Schutzgebühr ca. 33,- Euro

ISBN 3-88118-395-7 (In Vorbereitung)

**\_\_ Expl. Umweltpfprüfung in der Bauleitplanung**

Von Arno Bunzel,

2005. 160 S., Schutzgebühr 28,- Euro

ISBN 3-88118-388-4

**\_\_ Expl. Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch**

2. Aufl. unter bes. Berücksichtigung des EAG Bau 2004

Von Anton Strunz und Marie-Luis Wallraven-Lindl

2005. 170 S., Schutzgebühr 28,- Euro

ISBN 3-88118-376-0

**Aktuelle Information****\_\_ Expl. Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21**

Von C. Böhme, B. Reimann und U. Schuleri-Hartje

2005. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte**

Von Holger Floeting, Bettina Reimann und Ulla Schuleri-

Hartje

2005. 20 S., 6 Abb., Schutzgebühr 5,- Euro

**\_\_ Expl. Stadtmarketing – Bestandsaufnahme und Entwicklungstrends**

Von Beate Hollbach-Grömig, Busso Grabow u.a.

2005. 16 S., 20 Abb., Schutzgebühr 5,- Euro

**Zeitschriften****\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

(DfK), Halbjahresschrift, Heft I/2005:

„Kommunale Wirtschaftspolitik“

Ca. 140 S., Einzelpreis 20,- Euro, Jahresabo (2 Hefte)

35,- Euro, ISBN 3-88118-396-5, ISSN 1617-8203

**\_\_ Expl. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**

Heft II/2004: „Kommunales E-Government“

126 S., ISBN 3-88118-378-7

**\_\_ Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

(IMS) Halbjahresschrift, Heft I/2005

„Stadtbilder und Stadtrepräsentationen“

135 S., Einzelpreis 10,- Euro, Jahresabo (2 Hefte) 16,- Euro

ISSN 0340-1774